



PROTOKOLL

DER 3. SITZUNG DES EINWOHNERRATES,

8212 NEUHAUSEN AM RHEINFALL

Datum, Zeit, Ort**Donnerstag, 5. Mai 2011****19.00 – 22.00 Uhr****Aula Rheinfallhalle, Neuhausen am Rheinfall**

Um 18.30 Uhr fand vor der Sitzung noch eine Präsentation durch Dr. Walter Schenkel, Geschäftsstelle Verein Metropolitanraum Zürich, betreffend Zielsetzung des Vereins Metropolitanraum Zürich statt. (www.metropolitanraum-zuerich.ch)

Präsenz

20 Einwohnerräte (ER)
Gemeindepräsident (GP)
3 Gemeinderäte (GR)
Gemeindeschreiberin
Aktuarin

Vorsitz

ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Entschuldigt

- GR Patrick Strasser
- ER Marco Torsello (FDP) erst ab 20.00 Uhr

Protokoll

Das Protokoll der 2. Sitzung vom 10. März 2011 hat im Ratsbüro zirkuliert und ein paar kleine Änderungen sind eingefügt worden. Es liegen sonst keine Beanstandungen vor. Es wird genehmigt und der Aktuarin, Frau Sandra Ehrat, verdankt.

Mitteilungen

Keine

Neueingänge

- Beantwortung der Kleinen Anfrage von Rita Flück Hänzi (CVP): Parkplatz Rosenbergschulhaus
- Beantwortung der Kleinen Anfrage von Marcel Stettler (CVP): Littering in der Gemeinde Neuhausen
- Beantwortung der Kleinen Anfrage von Arnold Isliker (SVP): Bushaltestelle / Betonplatten
- Beantwortung der Kleinen Anfrage von Willi Josel (SVP): Eintrag im Amtsblatt vom 8. April 2011 betr. Kläranlageverband Schaffhausen
- Kleine Anfrage von ER Priska Weber-Widmer (SP): Lernschwimmbecken Schulhaus Gemeindewiesen
- Interpellation von der FDP: Stromsparen bei der Strassenbeleuchtung

**Traktandenliste**

1. Wahl eines Mitglieds der Bürgerkommission für den Rest der Amtsperiode 2011 - 2012
2. Bericht und Antrag betreffend 13. Teilrevision des Zonenplans der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 1. September 1988
3. Bericht und Antrag betreffend Sanierung Knoten Zollstrasse/Töbeliweg/ Brunnenwiesenstrass
4. Bericht zur Kenntnismahme betreffend zukünftige Informatik-Strategie der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall
5. Postulat Willi Josel (SVP): Einbürgerung Schweizer Bürger
6. Interpellation Lenz Furrer (ÖBS): Ökostrom für die Gemeinde
7. Interpellation Willi Josel (SVP): Gewinnverteilung 1100 Jahre Neuhausen am Rheinfall
8. Interpellation Dr. Jakob Walter (parteilos): Liquidation in Raten?
9. Interpellation August Hafner (SP): Steuergesetzrevision: Ist die gedeihliche Entwicklung von Neuhausen am Rheinfall gefährdet?
10. Interpellation Dr. Urs Hinnen (ÖBS): Welches ist die beste Form der Gemeindedemokratie für Neuhausen?

Die Traktandenliste wird genehmigt.

Pendente Geschäfte:

| Vorstöße: | Text: | Eingang: | Behandlung ER: | Fristerstreckung: |
|------------------|---|-----------------|--|--|
| Volksmotion | Gesamtplanung von Mobilfunkantennen statt Stückwerk | | 08.12.2005 Volksmotion als erheblich erklärt. | Bis 31.12.2009. 2. Fristerstreckung bis 31.12.2011. |
| Postulat | Willi Josel (SVP): Einbürgerung Schweizer Bürger | 07.02.2011 | | |
| Kleine Anfrage | Rita Flück Hänzi (CVP): Parkplatz Rosenbergschulhaus (CVP) | 04.03.2011 | | |
| Kleine Anfrage | Marcel Stettler (CVP): Littering in der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall | 16.03.2011 | | |
| Kleine Anfrage | Arnold Isliker (SVP): Bushaltestellen/Betonplatten | 21.03.2011 | | |
| Kleine Anfrage | Willi Josel (SVP): Eintrag Amtsblatt betreffend Gasometer | 14.04.2011 | | |

Pro memoria:

| | | |
|---|---|---|
| - | - | - |
|---|---|---|

Pendente Geschäfte in nicht ständigen einwohnerrätlichen Kommissionen:

| Geschäft | Datiert: | Behandlung ER / Status: |
|--|-----------------|--------------------------------|
| Kommunale Zeitung für Neuhausen am Rheinfall | - | In Arbeit Kommission |



ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Ich begrüße Sie zur 3. Einwohnerratssitzung in diesem Jahr und wünsche uns eine zügige und sachliche Behandlung der Geschäfte, damit wir die ganze Traktandenliste abarbeiten können.



TRAKTANDUM 1 Wahl eines Mitglieds der Bürgerkommission für den Rest der Amtsperiode 2011 - 2012

ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Marlies Falk ist auf Ende 2010 der Kommission zurückgetreten und jetzt ist der Sitz für den Rest der Amtsperiode 2011 – 2012 neu zu besetzen. Ich gebe dem Bürgerkommissionspräsidenten Walter Herrmann das Wort.

Wahlvorschläge:

ER Walter Herrmann (FDP)

Herzlichen Dank. Nachdem Thomas Theiler die Suche „freigegeben“ hat, hat sich das erweiterte Büro der Bürgerkommission auf die Suche gemacht. Dieses erweiterte Büro war paritätisch zusammengesetzt. Anhand einer Liste möglicher Kandidatinnen und Kandidaten haben wir uns auf die Suche gemacht und bei der ersten Zusage die Weitersuche abgebrochen, weil wir der Meinung sind, dass wir hier auf eine Kampfwahl verzichten sollten. Wir schlagen Ihnen nun Frau Sylvia Henniger vor. Dem zugestellten Lebenslauf entnehmen Sie die Details.

ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Hat es aus dem Rat noch andere Vorschläge? Ich sehe keine anderen Vorschläge. Dann denke ich, können wir mit offenem Handmehr über diese Wahl abstimmen. Wünscht jemand geheime Abstimmung?

ER August Hafner (SP)

Nach unserer Geschäftsordnung geht das nicht. Art. 29 sagt im Absatz 1, dass Wahlen geheim durchzuführen sind und das ist der Verweis und Vorbehalt auf Artikel, wo es anders sein kann und das ist beim Büro des Einwohnerrates. Über unsere Aktuarin und die Stimmzähler können wir offen abstimmen. Aber über das andere ist gemäss Geschäftsordnung geheim abzustimmen.

ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Dann bitte ich die Stimmzähler die Stimmzettel zu verteilen. Da ER Marco Torsello (FDP) noch nicht anwesend ist, delegieren wir ER Felix Tenger (FDP) als Ersatzstimmzähler.

Wahlresultat:

| | |
|---|-------------------|
| Ausgeteilte und eingegangene Wahlzettel | 19 |
| Maximalstimmen | 19 |
| Leere Stimmen | 3 |
| Ungültige Stimmen | 0 |
| Gültige Stimmen | 19 |
| Absolutes Mehr | 10 |
| Es haben Stimmen erhalten: | |
| Sylvia Henniger | SVP |
| | 16 gewählt |

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Ich möchte noch erwähnen, dass die CVP im Moment auf einen Sitz in der Bürgerkommission verzichtet und wir Frau Sylvia Henniger auch unsere Stimme gegeben haben. Danke schön.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 2 Bericht und Antrag betreffend 13. Teilrevision des Zonenplans der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 1. September 1988

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Ich beantrage Ihnen namens des Gemeinderates auf diesen Bericht und Antrag einzutreten und zuzustimmen. Es ist eigentlich die logische Folge des Projektes Alterswohnungen, das von der Genossenschaft Waldpark angegangen wurde und offenbar mit grossem Erfolg umgesetzt werden soll. Für die Projektrealisierung bedarf es einer Anpassung der Zone, die Ausnützung könnte sonst nicht so erreicht werden wie man das will und mit der Umzonung in die Zone für öffentliche Bauten und Anlagen mit Quartierplanpflicht besteht Gewähr, dass dann tatsächlich das hinkommt, was wir hoffen, nämlich Alterswohnungen. Wer pflichtgemäss die Ausschreibung angeschaut hat, hat vielleicht gesehen, dass noch weitere Grundstücke in eine Zonenplanrevision mit einbezogen werden sollten aufgrund der Hinweise des Baudepartementes des Kantons Schaffhausen. Um diese Umzonung nicht zu gefährden hat aber das Planungsreferat entschieden, diese Grundstücke zurückzustellen und allenfalls mit einer 14. Teilrevision oder allenfalls mit der Totalrevision des geplanten Zonenplans ihnen das vorzulegen. Besten Dank.

Eintretensdebatte:

ER Willi Josel (SVP)

Wir treten ein und stimmen zu.

ER Markus Anderegg (FDP)

Auch die FDP Fraktion hat die Vorlage geprüft und kein Haar in der Suppe gefunden. Wie der Gemeindepräsident bereits erwähnt hat, ist das hier die logische Folge dieses Projekts Alterswohnungen. Wir haben ja schon gewusst, dass diese Vorlage kommen wird und es wäre jetzt natürlich sehr seltsam, wir würden dies ohne gewichtige Gründe gefährden. Wir möchten den Ausführenden alles Gute wünschen für dieses Projekt. Es ist ja auf bestem Wege. Selbstverständlich stimmen auch wir von der FDP zu.

ER Ruedi Meier (SP)

Die SP Fraktion hat die Vorlage vor ungefähr einem Jahr unterstützt und für gutgeheissen, natürlich mit dem Ziel, dass diese Alterswohnungen auch gebaut werden können. Wie der Gemeindepräsident auch gesagt hat, ist es für uns auch logisch und folgerichtig, dass wir dieser Teilrevision des Zonenplans zustimmen und wir treten ein und werden die Vorlage unterstützen.

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Wie bereits gesagt wurde, ist diese Projekt Alterswohnungen ein sehr grosser Erfolg. Der Einwohnerrat hat letzstens all diesem zugestimmt und auch das Neuhauser Stimmvolk. Es hat - laut meiner Information – mehr interessierte Personen als Wohnungen zur Verfügung stehen. Ich denke wir müssen schauen, dass das zügig vorangeht und dass das Ganze bald bezogen werden kann. Die CVP ist für eintreten und wird das unterstützen.



ER Urs Hinnen (ÖBS)

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass es einen Quartierplan geben wird und da kann man dann im Detail noch gewisse Regelungen treffen. Auch die Fragen über den Zugang für die Öffentlichkeit. Es gibt auch aus unserer Sicht keinen Grund, diesem Bericht und Antrag nicht zuzustimmen. Wir sind für eintreten.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Ich danke Ihnen für die sehr gute Aufnahme dieses Geschäfts.

ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Eintreten ist somit unbestritten und somit gehen wir den Bericht ohne die Anträge durch.

Keine Detailberatung.

Antrag:

Umzonung von Grundstück GB Nr. 2231 mit einer Fläche von 1'899 m² an der Rabenfluhstrasse 25 von der Wohnzone II in die Zone für öffentliche Bauten und Anlagen sowie Überlagerung der bestehenden Zone für öffentliche Bauten und Anlagen auf dem Grundstück GB Nr. 1472 und er neuen Zone für öffentliche Bauten und Anlagen auf dem Grundstück GB Nr. 2231 mit einer Quartierplanpflicht.

Der Antrag wird mit 19 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

Dieser Beschluss untersteht gemäss Art. 14 lit. d der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.000) dem fakultativen Referendum.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 3 Bericht und Antrag betreffend Sanierung Knoten Zollstrasse/Töbeliweg/ Brunnenwiesenstrasse

Gemeindepräsident Stephan Rawlyer

Sie können sich sicher noch an die Avanti-Initiative erinnern, die vorsah, dass ein zweiter Tunnel am Gotthard gebaut wird. Es wurde von den eidgenössischen Räten und dem Bundesrat bekämpft und als Gegenvorschlag wurde die Förderung der Agglomerationen vorgesehen. Das Agglomerationsprogramm ist auch im Kanton Schaffhausen aufgelegt worden. Diverse Vorhaben sind unterwegs. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden voraussichtlich am 20. September darüber entscheiden können. Der Einwohnerrat wurde bereits vor zwei Jahren über die wesentlichen Grundzüge dieses Projekts orientiert. Ein Teilprojekt ist das Projekt 20, Ausbau der Busverbindungen in der Stadt Schaffhausen und das ist ein nicht ganz gütlicher Titel für uns aber wir gehören ja nicht zur Stadt Schaffhausen und es geht nicht um den Ausbau der Busverbindungen es geht um die Verbesserung des Busverkehrs, wenn nicht die Einmündung Zollstrasse/Töbeliweg/Brunnenwiesenstrasse und wir haben die Möglichkeit aus diesem Topf des Bundes Geld zu bekommen. Ich selbst habe als Einwohnerrat der ersten Vorlage nicht zugestimmt. Ich war damals der Ansicht, dass die damals vom Gemeinderat vorgeschlagene Lösung zu teuer sei. Für das, was man damit erreichen kann. In der Zwischenzeit ist der Preis deutlich gesunken. Der Verkehr andererseits hat massiv zugenommen auf der Strasse, so dass die Busse der Linie 1 nach wie vor Mühe haben, ihren Fahrplan einzuhalten um korrekt einfahren zu können. Der Entscheid, beim Trolleybus zu bleiben bedeutet auch, dass wir Fahrzeuge haben, die nicht unbedingt spurtstark sind, sondern es ist eher ein etwas gemächlicheres Fahrzeug und das bedeutet, dass die Lücke schon etwas gross sein muss, dass der Trolleybus aus dem Töbeliweg in die Zollstrasse einbiegen kann. Aus der Bevölkerung wurde der Ruf immer wieder laut, man solle dort eine Sicherung vorsehen in diesem Bereich. Es gebe doch erhebliche Fussgängerüberquerungen in diesem Bereich. Ich und auch der Gemeinderat sind nicht so sicher, ob das tatsächlich der Fall ist, dass dort eine grosse Menge an Personen die Strasse überquert, aber der entscheidende Punkt ist unbestritten, dass man dort eine Busbevorzugung machen muss. Wenn man eine Busbevorzugung macht, dann ist es nach Ansicht des Gemeinderates sinnvoll, wenn auch der Fussgängerstreifen angepasst wird. Die Mehrkosten betragen ungefähr Fr. 30'000.00 oder umgerechnet auf unseren Anteil, zwischen Fr. 7'000.00 und Fr. 12'000.00. Wir sprechen von einem relativ bescheidenen Betrag und können damit den Fussgängerstreifen mit dem Lichtsignal optimal sichern. Ich darf daran erinnern, dass wir in einer ähnlichen Situation auf Wunsch des Einwohnerrates im Bereich Rosenbergquartier bei der Hohfluh ein Lichtsignal installiert haben resp. lassen haben, obwohl von der Frequenz des Autoverkehrs her eine viel tiefere Zahl vorhanden ist. Die Bevölkerung wollte aber diese Lichtsignalanlage nicht mehr missen und nach meiner Meinung wird dieser Übergang auch rege gebraucht und ich denke insofern ist der damalige Entscheid des Einwohnerrates richtig gewesen, diese Anlage dort stehen zu lassen. Es ist klar, dass der Gemeinderat die Situation an anderen Orten prüfen wird und muss. Wie es aussieht z.B. im Bereich der Haltestelle Rhenania. Dort überqueren sehr viele Fussgängerinnen und Fussgänger die Autostrasse. Dort ist auch der Verkehr dann noch Richtung Schützenstrasse und aus der Stoppstrasse hinaus. Zum Teil wird dort auch recht rasant gefahren und da wird man nicht darum herumkommen, wenn sich der Verkehr weiterhin so entwickelt, mittelfristig zu prüfen, wie es dort aussieht, ob Schutzmassnahmen notwendig sind. Das Projekt, wie es Ihnen der Gemeinderat nun vorlegt, sollte eigentlich dem entsprechen, was die damalige Gegnerschaft, diejenige, die ein Lichtsignal und einen Fussgängerstreifen an einem anderen Ort wollten. Das Projekt wurde von der gemeinderätlichen Kommission mit der Entwicklung des öffentlichen Verkehrs geprüft und mit grossem Mehr als gut befunden. Es wurde auch im Einwohnerrat kurz besprochen. In beiden Gremien gab es Fragen und auch kritische Stimmen, ob das tatsächlich nötig sei. Ich nehme an, diese Stimmen werden auch heute Abend wieder erhoben. Sollte der Einwohnerrat grundsätzlich Fragen haben zum Projekt, dann bitte ich Sie allenfalls dies in



einer Kommission zu machen. Sie könnten dann relativ schnell in technische Fragen hineinkommen, die ich möglicherweise nicht alle beantworten kann. Ich denke, aber der grundsätzliche Entscheid kann sicher gefällt werden, will man a) die Busbevorzugung und will man b) den gesicherten Fussgängerstreifen. Der Gemeinderat hat Ihnen immer wieder gesagt, es kommt wieder in den Einwohnerrat, obwohl wir einen negativen Volksentscheid hatten. Es handelt sich jetzt aber wirklich um ein anderes Projekt mit einem anderen Preisschild. Sollte das Agglomerationsgesetz im Kanton Schaffhausen angenommen werden, dann bekommen wir für Fr. 42'000.00 eine Busbevorzugung und einen gesicherten Fussgängerstreifen. Ich denke, das ist eine gute Lösung und das bekommen wir normalerweise nicht so. Ich bitte Sie, auf die Vorlage einzutreten und dieser zuzustimmen. Besten Dank.

Eintretensdebatte:

ER Arnold Isliker (SVP)

Zuerst möchte ich dem Gemeinderat danken, dass er aufgrund meiner Initiative nochmals zurückkommt und seinen Bericht und Antrag zur Sanierung des Knotens Zollstrasse/Töbeliweg vorlegt. Im Gegensatz zum Gemeinderat oder auch von vereinzelt Ratsmitgliedern, sind wir nicht der Meinung, dass das Projekt realisiert werden soll. Der Gemeindepräsident hat vorhin erwähnt wegen der Avanti-Initiative, weshalb wir das Geld bekommen. Über Unsinn oder Sinn der Avanti-Initiative müssen wir hier heute nicht diskutieren, sehen wir doch die täglichen Staus am Gotthard vom Freizeitverkehr und nicht vom Schwerverkehr. Wenn man schon bedenkt, dass wir eine Busbevorzugung beeinträchtigen, dann möchte ich feststellen, dass die Busse selten länger warten, als wenn sie vor einem Rotlichtsignal stehen müssen. Das beweist, dass sehr viele Autofahrer den Bussen die Bevorzugung geben und was nicht ausser Acht gelassen werden kann, dass die Busse z.T. 5 bis 8 Minuten an der Endstation warten, bis sie wieder losfahren können. Wenn Sie das Gefühl haben, dass die Busse benachteiligt sind bei der Einfahrt in die Zollstrasse, dann könnte man eine Fahrplanänderung vornehmen und die Busse 1 Minute früher bei der Endstation abfahren lassen. Zu Stosszeiten sieht man, dass der eine Bus abfährt und der andere gleich wieder hinten anfährt. Das sind Tatsachen, die sich nicht von der Hand weisen lassen. Ich muss sagen das Projekt der Bauleitung müsste eigentlich vom Bauamt selber gemacht werden. Wir stossen uns an den hohen Kosten der Ausführung und den Ingenieurbüros. Wenn man jetzt schon die Zollstrasse saniert, müsste man das eigenständiger lösen können. Klar ist es, dass das Projekt mit der Unterstützung vom Bund für die Gemeinde nicht sehr viel Geld kostet, aber wir haben in Zukunft in der Gemeinde grössere und wesentlich teurere Aufgaben zu erledigen. Wie der Wunschkatalog funktionieren würde, wenn man auf alles eintreten würde, sieht man in der Stadt Schaffhausen, wenn man die Rechnung und das Budget sieht und Rufe laut werden, dass gespart werden sollte. Es gibt sinnvoller und nützlicheres, das in der Gemeinde Neuhausen realisiert werden könnte. Deshalb sind wir nicht für Eintreten.

ER Lenz Furrer (ÖBS)

Wir sind nicht der Meinung, dass es hier unnötig verschwendetes Geld ist. Ich war in dieser gemeinderätlichen öffentlichen Verkehrskommission, wie auch in den Unterlagen erwähnt ist und mich haben damals schon die Argumente überzeugt, dass diese Anlage nötig ist, einerseits für den Bus. Ich denke, wenn die Buschauffeure rückmelden, dass sie eine Busbevorzugung brauchen, dann werden sie das nicht einfach erfunden haben. Auch bin ich davon überzeugt, dass dieser Vorschlag nun deutlich besser ist als der ursprüngliche, der vor einigen Jahren abgelehnt wurde; das nun mit einer geschickten Positionierung des Fussgängerstreifens und mit weiteren Anpassungen eine gute Gesamtlösung gemacht werden kann. Wir werden diese Vorlage auf jeden Fall unterstützen.



ER Priska Weber-Widmer (SP)

Der Fussgängerstreifen ist nun an einem besseren Ort gelegen. Die Busfahrer der Linie 1 müssen nicht mehr höflich die Ausfahrt aus dem Töbeliweg erkämpfen, damit sie teilweise überhaupt auf die Zollstrasse einbiegen können. Ein Lichtsignal zeigt nochmals bewusst, wenn man vom Zoll her kommt, dass man sich definitiv in Neuhausen aufhält und das Tempo drosseln sollte. Die SP stimmt der Vorlage zu. Im Übrigen auch Einwohnerrat Peter Gloor (SP) der das letzte Mal übersehen hat, dass sich der Fussgängerstreifen von Westen etwas nach Osten begeben hat.

Ich habe mit den Buschauffeuren gesprochen und die Mehrheit war für ein solches Projekt.

ER Marcel Stettler (CVP)

Mit Erstaunen hat die Fraktion der CVP diesen Bericht und Antrag zur Kenntnis genommen. Gerne hätten wir noch gewusst, weshalb sich das Planungsreferat über einen Volksentscheid hinwegsetzt, bei dem das Stimmvolk die praktisch gleiche Vorlage vor 10 Jahren abgelehnt hat. Die CVP ist auch heute noch der Meinung, dass an diesem Ort ein Lichtsignal für die Fussgänger oder Busse nicht nötig ist. Einerseits möchten wir festhalten, dass alle anderen Fussgängerstreifen an der Zollstrasse gleich viele oder sogar wesentlich mehr Fussgängerübertritte verzeichnen, als beim Töbeliweg. Andererseits gibt es in Neuhausen noch viel gefährlichere Orte oder Fussgängerstreifen, die viel mehr Leute benutzen als beim Töbeliweg. Wer diesem Lichtsignal zustimmt, würde es nicht wundern, wenn andere Leute bei anderen Übergängen das gleiche verlangen. Gerne hätte wir noch gewusst, um wie viele Anwohner es sich in etwa gehandelt hat. Waren das 2, 5, 15 oder sogar 50? Auch für die ins Feld geführte Busbevorzugung hat die Fraktion der CVP kein Verständnis. Zu viele Verkehrsexperten haben das Blaue vom Himmel geschworen. Früher standen wir vor den geschlossenen Barrieren und heute stehen wir hinter dem Trolleybus. Hält der Bus bei der Haltestelle Kreuzstrasse schaltet das Lichtsignal natürlich auf Grün. Bis der Bus alle Fahrgäste aufgenommen hat, schaltet das Signal natürlich schon wieder auf Rot. Auf der Fahrt ins Dorf, mit eigener Busspur notabene, muss der Bus erneut beim Lichtsignal Stähli anhalten, weil er auf ein spezielles Signal achten muss, das ihm anzeigt, dass nun die Ampel für den Privatverkehr auf Rot steht. Die CVP möchte hier aber klar stellen, dass auch bei ihr der öffentliche Verkehr erste Priorität hat. Klar ist für uns aber auch, dass all die Verkehrsexperten von VBSh, Kanton und Gemeinde die an sie gestellten Aufgaben, sprich Verflüssigung von öffentlichem und privatem Verkehr, seit der Eröffnung der Unterführung noch nicht ganz erledigt hat. Die CVP erwartet von diesen Verkehrsexperten, dass nicht immer nur die einfachste Lösung, sprich eine Lichtsignalanlage gebaut wird, sondern dass andere Alternativen geprüft werden. Die CVP beantragt eine 5-er Kommission.

ER Felix Tenger (FDP)

Dieses Projekt hat ja eine lange Leidenszeit. Das wurde ja bereits von den verschiedenen Rednern gehört. Wir waren bei der ersten Abstimmung gegen dieses Projekt. Es gab verschiedene Gründe, weshalb man dagegen sein konnte. Einerseits waren es die Kosten und andererseits auch die Busbevorzugung. Man muss sagen, vor 10 Jahren hatte es sicherlich weniger Verkehr und dieser Bus hat jeweils im Zentrum 3 bis 4 Minuten gewartet bevor er nach Schaffhausen weitergefahren ist. Wahrscheinlich wartet er heute nicht mehr so lang. Der dritte Streitpunkt waren die Fussgänger. Die einen fanden, es gab zu wenige Frequenzen und die anderen wollten eine Ampel für die Fussgänger. Nun, viele Hunde sind des Hasen Tod. Die Vorlage ist dann auch entsprechend abgelehnt worden. Jetzt kommt dieses Projekt wieder. Sicherlich besser bei den Kosten, weil natürlich nicht zuletzt der Bund und der Kanton daran bezahlen, aber ob das Projekt wirklich besser wird, nur weil der Bund daran zahlt, da kann man seine Zweifel haben. Zur Busbevorzugung muss ich sagen, der Verkehr hat in den letzten Jahren sicherlich zugenommen. Wenn ich teilweise die



Buschauffeure sehe, wie sie diese Einfahrt erzwingen müssen, dann ist es für diese echt mühsam. Von daher gesehen, sehen wir einen Bedarf für eine Busbevorzugung, wo wir aber keinen Bedarf sehen, ist eine Ampel für die Fussgänger. Ich muss echt sagen, es gibt andere Übergänge, wo ich eine Ampel als dringlicher anschauen würde. Der Gemeindepräsident hat es erwähnt. Wenn ich die Verzweigung Rhenania-/Schützenstrasse ansehe, wo ja sehr viele Schulkinder über die Strasse rennen, weil der Bus auf der einen Seite ist, dann muss ich sagen, dort wäre es sicherlich dringlicher und wichtiger, so etwas zu machen als beim Töbeliweg. Dort sehe ich meiner Meinung nach nur sehr tiefe Frequenzen. Sie sehen Fussgänger ohne Ampel. Wir sehen wirklich keinen Bedarf für eine Ampel für Fussgänger. Das wäre dann auch ein Präjudiz für andere Ampelübergänge, wo dann gesagt wird, wenn dort eine gemacht wird, dann könnte das bei uns ja auch gemacht werden. Es gibt mehr Orte in Neuhausen wo mehr Leute über den Fussgängerstreifen müssen ohne Rotlicht. Nun insgesamt sind wir in der Fraktion nicht glücklich, aber auch uneinheitlich glücklich muss ich sagen. Wir sind gespalten, je nachdem, wie man diese Fussgängerüberquerung gewichtet. Wir werden darum auch uneinheitlich abstimmen. Wir sind für eintreten und würden die Bildung einer Kommission unterstützen, damit auch diese Fragen beantwortet werden können. So kann man auch nochmals prüfen, wie schaut das aus, wenn man nur eine Busbevorzugung machen würde.

ER Priska Weber-Widmer (SP)

Ich finde den Fussgängerstreifen schon noch sehr wichtig. Es ist ein Glücksfall, dass noch nicht mehr geschehen ist. Ich weiss halt nicht, da es eine breite Strasse ist, ob man eine Verkehrsinsel machen muss und dann geht es für den Bus wieder nicht.

ER Arnold Isliker (SVP)

Gesetz ist Gesetz und da ist ganz klar umschrieben, dass vor einem Fussgängerstreifen der rollende Fahrzeugverkehr anzuhalten hat. Das ist ein Faktum. Und die Frequenzen an diesem Fussgängerstreifen sind sehr minim. Es sind keine 20 bis 50 Personen, die dort über die Strasse gehen. Wo jetzt die Bushaltestelle von der Linie 7 ist, die wird wesentlich mehr frequentiert als westwärts, wo die neue Fussgängerüberquerung zu stehen kommt. Im Weiteren muss ich darauf hinweisen wegen der Busbevorzugung. Das ist eine Zwängerei und wenn man die Wartezeiten beobachtet, dann ist es einfach so, dass die Busse genügend Zeit haben. Früher mit der Barriere war es mühsam die Rundkurse einzuhalten. Das andere bleibt dahingestellt.

ER Jakob Walter (parteilos)

Es ist ganz klar. Es gibt einen Antrag auf Bildung einer Kommission. Es hat sich eingebürgert, dass man die Fraktionserklärung denn noch zur Kenntnis nimmt, aber die ganze Detailberatung ist total überflüssig, solange die Möglichkeit besteht, dass es eine Kommission gibt. Die SP Fraktion hat bis heute die Meinung vertreten, wenn irgendjemand hofft, in einer Kommission noch schlauer zu werden oder einer Projektverbesserung kommt, dass wir uns dann nicht gegen eine Kommission sträuben.

ER Willi Josel (SVP)

Es gibt hier verschiedene Meinungen. Es ist ein Antrag von uns gestellt worden, hier nicht einzutreten. Wir treten nicht ein und da ist es doch sicher, da ist es doch wichtig und nötig, dass man hier abstimmt, dass hier eingetreten wird. Wenn dann eingetreten wird, dann könnt ihr immer noch eine Kommission bilden. Dann müsst ihr das halt machen. Aber eine Kommission bilden für so eine kleine Sache, sehe ich nicht.



Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Ich bitte Sie, gemäss der langjährigen Praxis zuerst über das Eintreten abzustimmen und dann über die Kommission.

Ich gestatte mir noch ein paar Worte zu den Eintretensvoten und zu den mehrheitlich positiven Aufnahmen zu diesem Geschäft. Mindestens für die Busbevorzugung. Es ist mir bekannt gewesen, dass ER Arnold Isliker (SVP) keine Freude hat mit diesem Projekt. Das ist nicht weiter überraschend. Ich muss einfach sagen es trifft schlechthin nicht zu, dass die Busse 5 bis 8 Minuten warten an der Station Herbstäcker. Wir sprechen ja nicht von den Zeiten abends um 21.00/22.00 Uhr. Dann haben wir ja kein Problem. Das Problem ist ja ab ungefähr 16.00 Uhr, wenn eine durchgehende Kolonne vom Zoll hier bis zur Kreuzstrasse ist. Das geht ungefähr bis 18.30/19.00 Uhr und in dieser Zeit ist es sehr schwierig für die Busse den Fahrplan einzuhalten. Es gibt Zeiten, wo sie sich locker die Beine vertreten können, aber in diesem Zeitraum ist das gar nicht möglich. Es ist der dringende Wunsch seit vielen Jahren der Verkehrsbetriebe Schaffhausen, dass man da etwas macht und von dort her verstehe ich die Aussage der SVP nicht, das Projekt sei nicht realisierbar. Das stimmt nicht. Am Finanziellen kann es ganz sicher nicht liegen, auch wenn wir noch grössere und teurere Aufgaben in der Gemeinde haben. Das ist tatsächlich so, aber daran kann es wirklich nicht liegen. Die ÖBS und die SP stimmen zu auch dank dem, dass der Fussgängerstreifen verschoben wurde. Ich verstehe jetzt die präsidiale Ermahnung des Einwohnerratspräsidenten wir sollen sachlich bleiben, aber ich kann mich doch nicht ganz des Eindrucks erwehren, der Rundumschlag, den die CVP hier gemacht hat, passt nun wirklich nicht zu diesem Geschäft. Das Stimmvolk sei übergangen worden. Das sagen mir jeweils eigentlich andere Parteien. Damals wurde selbstverständlich das Projekt von zwei Seiten her bekämpft. Der einen Seite war es zu teuer. Dazu gehörte auch ich. Die andere Seite war der Ansicht, der Fussgängerstreifen sei am falschen Ort. Wie jemand heute gesagt hat, viele Hunde seien des Hasen Tod. Das war natürlich auch hier der Fall. Das sagt aber nicht, dass man nie mehr etwas bringen darf zu dieser Sache. Einfach noch eine kleine Bemerkung. Wenn die Argumentation der CVP zutreffen würde, dann wären wir heute Abend ein reiner Männerclub, das Frauenstimmrecht wurde mehr als einmal abgelehnt. Da brauchte es diverse Anläufe und es hat sich sicherlich bewährt, dass man auch den Frauen das Stimmrecht gegeben hat. Das möchte man nicht mehr missen. Man kann auch klüger werden. Die Behauptung, man stehe fast noch länger, wurde vorhin von ER Arnold Isliker, SVP, korrigiert. Er selber hat gesagt, der Rundkurs funktioniere jetzt. Damit kann die Aussage von ER Marcel Stettler, CVP, schlichthin nicht richtig sein. Es gäbe nicht eine Verschlechterung sondern eine Verbesserung. Dass noch nicht alles so läuft, wie es tatsächlich ist oder sein sollte, liegt natürlich daran, dass wir ungefähr 2 bis 2 ½ Prozent mehr Verkehrsaufkommen pro Jahr haben und Sie können das selbst ausrechnen, d.h. 10 Prozent nach 4 Jahren und so geht das locker weiter. In 10 Jahren haben Sie dann rd. 25 Prozent mehr Verkehr. In Erinnerung hat man aber immer noch, dass man als Jugendlicher so sorgenlos umherfahren konnte. Diese Zeiten kommen nicht mehr! Auch nicht mit dem Galgenbuckeltunnel. Da braucht es schon noch einen stärkeren Wechsel. Im Dorf warten die Busse nicht mehr. Das auch noch vorweggenommen zu ER Felix Tenger (FDP), denn sie fahren jeweils hin und fahren geradezu wieder weiter. Es kann einzelne Phasen geben, wo sie zu bestimmten Zeiten noch eine Ausgleichszeit haben aber das ist im Normalfall nicht mehr so. Die Gefährlichkeit von Fussgängerstreifen habe ich in meinen Ausführungen schon erwähnt. Man kann da sicherlich unterschiedlicher Ansicht sein, das ist tatsächlich so. Die Frage ist nur, wenn wir schon diese Lichtsignalanlage bauen, wollen wir dann nicht gleich auch den Fussgängerstreifen machen? Das kann ich Ihnen jetzt schon sagen, ich komme gerne in ihre Kommission, aber sie werden technisch nicht etwas anderes ausfindig machen können. Da ist das Spektrum der möglichen Lösungen ziemlich reduziert. Wenn es dann wirklich noch etwas Besseres gäbe, dann hätten wir das vielleicht bereits in der Kommission zum öffentlichen Verkehr herausgefunden. Hätten wir das in der Diskussion zum ersten Projekt herausgefunden oder hätten wir das vielleicht irgendwo anders schon gesehen aber selbstverständlich können Sie eine



Kommission machen. Ich darf sie einfach darauf hinweisen, wir sprechen über einen Gemeindeanteil von Fr. 42'000.00 und die Sitzungsgelder kosten dann auch etwas. Man kann das aber selbstverständlich machen. Die FDP hat dargelegt, dass es verschiedene Möglichkeiten gibt diese Vorlage zu werten. Von unterstützen bis komplett ablehnen. Es wurde eigentlich jeder darauf hingewiesen, dass man das nicht als notwendig erachtet, sondern dass es ein Präjudiz geben könnte. Da muss ich einfach sagen, das Präjudiz ist die Rosenbergstrasse. Dort hat der damalige SVP-Einwohnerrat Baumann das verlangt. Da war die SVP sehr dafür, dass man dieses Lichtsignal dort so macht. Jetzt geht es um eine etwas andere Ecke von Neuhausen am Rheinfall, aber ich denke es macht auch hier Sinn, das umzusetzen. Ich bitte Sie wirklich auf diese Vorlage einzutreten und dann allenfalls eine Kommission zu bilden. Besten Dank.

ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Wir stimmen jetzt ab, ob wir auf diese Vorlage eintreten.

Eintreten ist mit 13 : 6 Stimmen bei 1 Enthaltung unbestritten.

Somit sind wir auf diese Vorlage eingetreten.

Jetzt stimmen wir noch über den Antrag ab, eine 5-er Kommission zu bilden.

Es wird mit 14 : 5 Stimmen bei 1 Enthaltung die Bildung einer 5-er Kommission beschlossen

ER Arnold Isliker (SVP)

Sind wir doch vernünftig, wenn wir sehen, dass jetzt die Zollstrasse restauriert und erneuert wird und wir eine Kommission bilden, dann dauert das wieder einige Zeit oder Monate und die Bauarbeiten sind beendet und dann fahren wieder die Bagger auf und es wird wieder neu installiert und die Busbevorzugung und das Lichtsignal wird gebaut. Es sind ja nur noch Detailfragen. Ich sehe jetzt, Sie in der Mehrheit, Sie wollen die Busbevorzugung, Sie wollen die Verlegung des Zebrastreifens. Ich beuge mich dem Diktat und sage schlussendlich Ja dazu aber vernünftigerweise müssten wir jetzt sagen, wenn wir schon an der Bauarbeit sind, dann können wir auf die Kommission verzichten. Es sind ja nur noch Details, die geklärt werden müssen, ob wir eine Bevorzugung mit dem Bus wollen oder nicht. Das Volk würde nicht verstehen, wenn dann nach 2 bis 3 Monaten wieder an der Zollstrasse von vorne beginnt wird. Wir erleben das tagtäglich, wenn eine Baustelle fertig ist, dass die PTT oder die Swisscom kommt und den Boden wieder aufreisst. Deswegen wollte ich nochmals auf Nichteintreten einer Kommission plädieren.

ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Die nächste Einwohnerratssitzung ist ja relativ bald wieder.

Gemeindepräsident Stephan Rawlyer

Wegen des Rückkommensantrages von ER Arnold Isliker (SVP) sind nachvollziehbar und finde ich auch sehr vernünftig. Es gibt aber ein Problem. Wir dürfen erst mit diesen Arbeiten anfangen, wenn das Volk dem Agglomerationsgesetz zugestimmt hat. Das ist am 25. September 2011, sonst verzichten wir auf die Beiträge des Bundes und des Kantons. So ein Fan dieser Anlage ist niemand, dass wir auf das Geld verzichten wollen. So lange müssen wir noch warten. Dann haben wir Ende



September und dann beginnt es langsam kritisch zu werden, wenn wir dann noch Bauarbeiten machen wollen vor dem Winter. Dann müssen noch gewisse Ingenieurarbeiten gemacht werden. Von dort her gesehen muss ich ehrlicherweise sagen, dass eine Kommission dieses Projekt nicht zum Scheitern bringt. Was ich auch sagen kann, ich bin eigentlich überrascht, dass der Kanton die Zollstrasse saniert. Als Laie habe ich nicht den Eindruck, dass hier wirklich Handlungsbedarf vorhanden ist.

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Die Diskussion finde ich wieder sehr interessant. Ich stelle hier einen neuen Antrag. Ich stelle den Antrag abzustimmen über 1. die Busbevorzugung oder 2. das Lichtsignal, weil ich finde, das ganze kommt mir vor wie eine Erpressung. Wir bekommen Geld zugesprochen ...

ER Peter Gloor (SP)

Ordnungsantrag, Frau Rita Flück. So geht das in einem Parlament nicht her und zu, so sympathisch Du mir auch bist. Du kannst keinen neuen Antrag stellen, sonst musst du zuerst einen Rückkommensantrag machen.

ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Wir haben vorhin dem Antrag der CVP auf Bildung einer Kommission zugestimmt. Diese Kommission wird gebildet. Es handelt sich um eine 5-er Kommission. Die FDP hat den Vorsitz und dann können Sie in dieser Kommission beraten, was Sie wollen.

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Einwohnerrat Peter Gloor, herzlichen Dank.

Die Kommission setzt sich wie folgt zusammen:

Felix Tenger (FDP), Präsidium
Priska Weber Widmer (SP)
Rita Flück Hänzi (CVP)
Arnold Isliker (SVP)
Lenz Furrer (ÖBS)

Das Geschäft ist somit vorerst erledigt.



TRAKTANDUM 4 Bericht zur Kenntnisnahme betreffend zukünftige Informatik-Strategie der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall

Detailberatung:

ER August Hafner (SP)

Bericht zur Kenntnisnahme, Seite 4, Variante 3 (Vollintegration KSD), Chancen/Risiken + Einflussnahme Strategie und Budget KSD

In meinen Ohren tönt das ziemlich vollmundig und ich frage den zuständigen Gemeinderat, wie das wirksam ausgeübt werden soll.

Gemeinderat Dino Tamagni

Es ist hier vielleicht nicht ganz verständlich aufgezeigt worden. Es ist wirklich die Meinung, was die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall betrifft innerhalb des Budgets. Was das Budget der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall betrifft und die Wahl der Software etc. Was wir auswählen können. Da können wir bei der KSD Einfluss nehmen. Wir bestimmen nach wie vor noch die Applikationen, die benötigt werden, noch selbst. Hier können wir Einfluss nehmen. Da geht es natürlich auch um Geld, ja nach Umfang der Software.

ER August Hafner (SP)

Ich habe mir vorgestellt, dass es in etwa das sein soll, aber dann stimmt dieser Satz so nicht, wie er da steht. Da tönt es wirklich, wie Neuhausen am Rheinfall die Geschäftstätigkeit in einem übergeordneten Rahmen zu beeinflussen und dass wir auch die Ausgabenpolitik der KSD beeinflussen können. Das ist wahrscheinlich überhaupt nicht so.

Gemeinderat Dino Tamagni

Ich nehme das hier so entgegen und muss mich entschuldigen, dass das so geschrieben wurde. Ich hoffe, ich konnte es jetzt klären.

ER Willi Josel (SVP)

Bericht zur Kenntnisnahme, Seite 7, 4. Lösungskonzept, Letzter Punkt

Ich habe eine Frage zu folgendem Satz: „Die Benutzer sind für die neue Umgebung geschult und arbeiten ab dem ersten Arbeitstag nach der Umstellung produktiv“. Ich habe das noch nie erlebt. Wie wird das funktionieren?

Gemeinderat Dino Tamagni

Das Ziel ist ja, dass diese Leute geschult sind. Das liegt an den Personen selber. Das muss so machbar sein und dass irgendwo bei Installationen oder bei Neuanfängen etwas nicht rund laufen kann, das ist ja sonnenklar. Das ist eingeplant in dieser ganzen Umstellung drinnen und auch mit eingeplant. In diesem Falle ist man darauf vorbereitet und hat diese nötigen Poweruser, die dann auch die Unterstützung liefern und dann auch vor Ort sind.



ER Willi Josel (SVP)

Bericht zur Kenntnisnahme, Seite 9, Frage zu den Kosten

Ich stelle die Frage deshalb, weil wir auch im Kanton unser Misstrauen auch schon gezeigt haben über die KSD. Das ist ein Postulat, das damals auch Stephan Rawyler mitunterzeichnet hat. Kostet das denn etwas Zusätzliches, wenn die Poweruser nicht mehr weiterwissen? Wird uns das dann in Rechnung gestellt. Das kann dann mit der Zeit, je nachdem wie hoch die Stunden werden, kann das eine Stange Geld kosten.

Gemeinderat Dino Tamagni

Im ganzen Konzept ist natürlich ein guter sicherer Teil mit eingerechnet. Da ist eigentlich noch über das übliche Mass hinaus etwas mit eingerechnet, so dass wir auf der sicheren Seite sind. Der ganze Vorschlag, wie die Kosten entstehen, ist ein Kostendach. Da ist auch eine Pauschale für die Betreuung enthalten. Im Prinzip sollten da nicht mehr Kosten auf uns zukommen. Wenn Kosten auf uns zukommen, dann werden diese, wie auch beim Kanton, von uns selber verursacht, weil wir dann mehr bestellen. Je nach dem, was wir alles wollen, nötig haben oder brauchen, werden zusätzliche Kosten auf uns zukommen und kommen in die Offerte hinein. Sonst sollte das ganze eigentlich eingehalten werden können.

Antrag:

Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von diesem Bericht.

Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von diesem Bericht.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 5 Postulat Willi Josel (SVP): Einbürgerung Schweizer Bürger

Begründung:

ER Willi Josel (SVP)

Im Grunde genommen steht alles im Postulat, was ich erreichen will und was initiiert werden soll. Ich möchte nur nochmals auf die Situation damals zurückkommen. Ich war damals dabei. Ich war auch Stimmzähler in der Bürgerkommission. Man hat dort gesehen, dass Schweizer Bürger sich nie eingebürgert haben. Damals ging es darum, diese Möglichkeit publik und bekannt zu machen. Genau um dasselbe geht es jetzt, publik zu machen. Ich weiss genau, dass dann in der Diskussion das Argument gebracht wird, da braucht es ja kein Postulat und da braucht es kein Stoss um das zu machen, weil sich jeder ja selber einbürgern kann. Nur das war damals auch der Fall. Auch damals hätte sich jeder Schweizer Bürger, der noch nicht Neuhauser war, einbürgern können und erst als diese Aktion gestartet wurde, kam der Erfolg von 1'200 Personen. Es geht mir jetzt einfach darum, dass sich diese Leute das überlegen und sagen, das mach ich jetzt und da gehe ich so vor. Ich bitte Sie, das Postulat zu überweisen. Der Gemeinderat kann eine Möglichkeit finden, wie er das umsetzen wird und dann sag ich es einfach so, der Gemeinderat und die Mitglieder des Einwohnerrates sollen mit gutem Beispiel voran und wechseln das Bürgerrecht nach Neuhausen.

Stellungnahme:

Gemeinderat Christian Di Ronco

In seinen Ausführungen weist der Postulant und Mitunterzeichnete auf die erfolgreiche Einbürgerungsaktion von 1989 hin. Wie lief die Einbürgerungsaktion damals ab? Die Unterlagen, welche ich im Archiv gefunden habe, haben das Geheimnis über diese Aktion gelüftet. Dieses möchte ich Ihnen natürlich nicht vorenthalten. Dem Protokoll des Gemeinderates vom 4. April 1989 kann nachgelesen werden, dass der Gemeinderat der Ansicht war: Es gebe zu wenig Neuhauser Einwohnerinnen und Einwohner mit dem Neuhauser Bürgerrecht und es müsse etwas getan werden! Mittels Brief unterzeichnet vom damaligen Gemeindepräsidenten Hanspeter Lenherr und Bürgergemeindepräsident Konrad Moser wurden 2'300 Ehepaare und Einzelpersonen angeschrieben, welche seit über 15 Jahren in Neuhausen am Rheinfall wohnhaft sind. Im Brief wurde geworben mit dem Slogan „Warum nicht Neuhauser Bürger werden?“ Weiter wurde im Brief ausgeführt: Es entstehen für die Bewerber keine Umtriebe, die Gemeinde organisiert kostenlos den Auszug aus dem Strafregister und Familienschein bei den entsprechenden Amtsstellen. Es ist lediglich ein Unkostenbeitrag von Fr. 30.00 zu bezahlen. Es wurde also eine Art vereinfachtes Verfahren angeboten. Nach dem damals geltenden Dekret betreffend die Einbürgerungsgebühren lagen die Gebühren für den Erwerb des Bürgerrechtes für Schweizerinnen und Schweizer zwischen Fr. 500.00 bis Fr. 1'000.00. Die Verantwortlichen haben sich dann überlegt, wie viele Personen von diesem Angebot Gebrauch machen werden. Die Schätzungen lagen etwa bei 100 Personen. Die Wirklichkeit übertraf dann alle Erwartungen. Ca. 1'112 Personen haben sich entschieden das Neuhauser Bürgerrecht anzunehmen. Mehrheitlich waren es ältere Neuhauserinnen und Neuhauser. Um die Arbeit zu bewältigen musste in drei Tranchen eingebürgert werden. Das war ein Novum! Das hatte natürlich auch Auswirkungen auf die Durchführung der Neubürgerfeier, welche nicht mehr im normalen Rahmen durchgeführt werden konnte. Eine neue Idee musste her. Der Gemeinderat entschied sich für eine Schifffahrt auf dem Rhein. Es wurden die beiden damals grössten Schiffe MS Thurgau und MS Schaffhausen gebucht. Mit drei VBSH-Gelenkbussen, welche zweimal fahren,



wurden die Teilnehmer zur Schiffflände gebracht. Die Neubürgerfeier war natürlich nicht gratis zu haben. Sie kostete über Fr. 15'000.00. Hinzu kamen die Kosten in der Verwaltung für die Bearbeitung der über 1'000 Dossiers. Also etwa noch mal so viel. Welchen Nutzen hat diese Aktion gebracht? Der Gemeinderat hat sein Ziel erreicht mehr Neuhauserinnen und Neuhauser Bürger zu haben. Gut für das Image der Gemeinde. Eine ausgeglichene Vertretung der Bevölkerung in der Bürgergemeindeversammlung. Was hat's für die Neuhauser Bürgerinnen und Bürger gebracht? Sie sind sehr kostengünstig zu ihrem Bürgerrecht gekommen. Gab es sonst noch einen materiellen Nutzen? Nein, es war auch eine emotionale Sache: Konrad Moser, Präsident der Bürgergemeinde, hatte damals wortwörtlich in der SN gesagt: "... das Neuhauser Bürgerrecht zu besitzen bedeutet also in allererster Linie, einen ideellen Wert zu besitzen. Es ist ein Bekenntnis zum Heimatort, gerade neue Neuhauser Bürger drücken damit aus, dass sie sich in ihrer Wohngemeinde wohl fühlen, dass sie zu ihr stehen und in ihr verwurzelt sind." Die Einbürgerungsaktion von 1989 war ein voller Erfolg und diese soll nach Ansicht des Postulanten und Mitunterzeichneten wiederholt werden.

Wie sieht die Ausgangslage 21 Jahre später aus? Es hat sich viel im Bürgerrechtswesen verändert. Einerseits wurden die Gesetzgebung und die Gebührenordnung für das Bürgerrechtswesen mehrfach überarbeitet. Die Bürgergemeindeversammlung wurde durch die Bürgerkommission abgelöst und nebst dem ordentlichen Verfahren gibt es neu das vereinfachte Verfahren. Für die Einbürgerung im ordentlichen Verfahren ist die Bürgerkommission und die Einbürgerung im vereinfachten Verfahren der Gemeinderat zuständig. Die Gebühren für das Einbürgerungsverfahren wurden massiv gesenkt oder sind gar kostenlos. Gerade das vereinfachte Verfahren ermöglicht es Schweizerinnen und Schweizern, welche zwei Jahre Wohnsitz in der Gemeinde haben, den Antrag für das Neuhauser Bürgerrecht zu stellen. Dies für eine Gebühr von Fr. 250.00. Bei Wohnsitznahme über 12 Jahre in der Gemeinde ist der Erwerb des Neuhauser Bürgerrechts für Schweizer sogar gebührenfrei. Nun ein Run auf das Bürgerrecht hat deswegen nicht eingesetzt. Vielleicht ist das aber den wenigsten bewusst. Wie viele Neuhauserinnen und Neuhauser besitzen zum heutigen Zeitpunkt das Neuhauser Bürgerrecht? Von den 10'000 Einwohnerinnen und Einwohner haben heute rund 1'700 das Neuhauser Bürgerrecht, davon 1'100 mit Migrationshintergrund. Was bringt das Bürgerrecht aus Sicht des Bürgers: Je nach Dauer der Wohnsitznahme kann es sehr günstig bis kostenlos erworben werden. Allerdings sei die Frage an dieser Stelle erlaubt, ob die ideellen Werte von 1989 21 Jahre später immer noch denselben Stellenwert haben. In der Zeit wo Mobilität und Unabhängigkeit grossgeschrieben wird, die Arbeitsplätze für viele sich nicht mehr am Wohnort befinden. Die Gemeinde freut sich, wenn möglichst viele von den Einwohnerinnen und Einwohnern das Bürgerrecht besitzen. Eine grössere Auswahl an Personen, welche in der Bürgerkommission mitwirken könnten. Bekanntlich können nur Personen in dieser Kommission mitwirken, welche das Neuhauser Bürgerrecht haben. Die Besetzung der Kommission ist ja bekanntlich auch immer eine Herausforderung. Diese Problematik, wenn sie einmal wirklich akut wird, könnte zum Beispiel auch mit einer Verfassungsänderung gelöst werden. Der Gemeinderat, welcher für die Einbürgerung im vereinfachten Verfahren zuständig ist, besteht ja auch nicht nur aus Vertretern, welche das Neuhauser Bürgerrecht besitzen. Welchen Aufwand und die damit verbundenen Kosten würde eine Einbürgerungsaktion auslösen? Also Sie sehen, es macht durchaus Sinn einige Überlegungen zum Anliegen des Postulats anzustellen. Der Gemeinderat ist bereit dieses Postulat entgegen zu nehmen ohne sich dabei heute festzulegen, welchen Bericht und Antrag er dann vorlegt. Vielleicht löst die Berichterstattung in den Medien diese Aktion von selbst aus und das Postulat könnte dann schon als erledigt betrachtet werden.

Diskussion:



ER Walter Herrmann (FDP)

Ich spreche im Namen der FDP-Fraktion, die in dieser Sache geteilter Meinung ist und gleichzeitig werde ich Ihnen die Sichtweise des Präsidenten der Bürgerkommission wiedergeben. Dass ich schon seit meiner Wahl zum Kommissionspräsidenten vor hatte, zusammen mit dem Gemeinderat eine solche Aktion zu initiieren, war meinen Kommissionsmitgliedern und auch Gemeinderat Christian Di Ronco bekannt. Darum unterstütze ich dieses Postulat konsequenterweise auch. Nun ist aber durch das Postulat die Diskussion angeschoben worden, ohne dass man genau weiss, was Aufwand und Resultat sein wird. Wird die Aktion Top oder Flop? In den Berichterstattungen wurde leider seitens der Journalisten vordergründig die Frage gestellt: „Was bringt's Neuhauser Bürger zu sein?“ Das schlägt sich nun leider auch auf die Diskussionen nieder, die auf der Strasse, am Stammtisch oder unter Politikern geführt wird. Das Thema hat sich auf ein rein technokratisches Niveau gesenkt, „Was bringt's?“ Es bringt uns aus diesem Sichtwinkel betrachtet rein gar nichts, wie schon bei der Einbürgerungsaktion im Jahre 1989. Auch damals hatte man gar keinen Nutzen davon, es war rein emotional und nichts anderes und trotzdem haben sie es zu Hunderten getan, als Zeichen und Bekenntnis zum Heimatort. Gerade neue Neuhauser Bürger drücken damit aus, dass sie sich in ihrer Wohngemeinde wohl fühlen, dass sie zu ihr stehen und in ihr verwurzelt sind. Ein weiteres Votum ist zu hören. Es werden keine Mitglieder für die Bürgerkommission mehr gefunden, weil diese Bürger oder Bürgerinnen von Neuhausen sein müssen. Das trifft nicht zu! Denn es ist ein reiner Zufall, dass dieses Postulat mit der Rekrutierung für einen Sitz in die Bürgerkommission einhergeht, der heute erst besetzt werden konnte. Ein fähiger Kandidat hat die CVP Fraktion bis zur Januarsitzung hingehalten und dann kurzfristig abgesagt. Danach waren die Sportferien. Tatsache ist, es hat genug „einheimische Neuhauser Bürger“ oder seit längerem Eingebürgerte mit Migrationshintergrund, die man für die Kommission rekrutieren kann. Besser wäre es nach meiner Ansicht allerdings, wenn das die Kommission wieder übernimmt unter Einbezug des jeweiligen Fraktionschefs, der dann die Person zur Wahl vorschlägt. Wir würden das gerne für Sie tun. Die paritätische Zusammensetzung der Kommission ist auch so gewährleistet.

ER Urs Hinnen (ÖBS)

Wir sehen von unserer Seite her keine Notwendigkeit für eine solche Aktion. Es ist wirklich so, dass die Bedeutung des Bürgerrechts wirklich sehr fraglich ist. Man weiss, was ursprünglich der Zweck von diesem Bürgerrecht ist. Das ist heute nicht mehr der Fall. Ich sehe, was der Wunsch ist von Seiten der SVP, dass Leute in der Gemeinde sind, die auch ihre Verbundenheit mit der Gemeinde zeigen sollen und da bin ich sehr der Meinung, dass es andere Dinge gibt um diese Verbundenheit zu fördern. Es braucht attraktive Vereine, es braucht attraktive Parteien, es braucht ein attraktives Wohn- und Arbeitsumfeld. Das sind alles Elemente, die sicherlich viel wichtiger sind um die Leute für die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall begeistern zu können. Das Bürgerrecht ist eigentlich ein alter Zopf und das einzige, was ein Grund wäre, dass es mehr Neuhauser BürgerInnen braucht, wäre diese Bürgerkommission, was aber offensichtlich doch nicht zu kritisch zu sein scheint. Wir sind eher der Meinung, dass die Vorschrift in der Bürgerkommission, dass nur BürgerInnen von Neuhausen hier mitsprechen können in dieser Kommission, ist eigentlich ein Ärgernis und ich meine, es ist aufgrund des Gemeindegesetzes so geregelt und wir können nicht ein Postulat formulieren, das diese Abschaffen würde. Es wäre unser Wunsch, dass dieses Gesetz abgeändert wird und die ÖBS wäre eher der Meinung, dass man diese Regelung abändern sollte.



ER Jakob Walter (parteilos)

Gerade wir hier unten demonstrieren die Verbundenheit zur Gemeinde Neuhausen am Rheinfall, denn wir sitzen hier an diesem schönen Sommerabend unabhängig davon, welches Bürgerrecht wir besitzen. Wenn ich eine Schifffahrt auf dem Rhein machen möchte, dann kann ich das noch selber bezahlen.

ER Willi Josel (SVP)

Was spricht dagegen, dass man das macht?

ER Felix Tenger (FDP)

Ich bin gerne hier in Neuhausen am Rheinfall und fühle mich hier auch sehr wohl. Ich bin auch ein aktiver Bürger schon seit Jahren aber ich bin nicht Bürger der Gemeinde. Ich muss Ihnen sagen, ich werde auch nicht Bürger der Gemeinde und trotzdem fühle ich mich sehr verbunden hier. Ich interessiere mich auch für Neuhausen am Rheinfall. Das Gemeindebürgerrecht ist hier im Kanton Schaffhausen ein Auslaufmodell. Es ist nur, dass man hier in Neuhausen in der Bürgerkommission mitmachen kann und wenn es wirklich nur um diese Kommission geht, dann würde ich auch befürworten, das hat der Gemeinderat ja bereits angetönt, dass man in dieser Richtung tätig wird, dass die Gemeindeverfassung entsprechend geändert und geöffnet wird auch für Neuhauser Einwohner, die bereits längere Zeit hier wohnen, dass diese in der Bürgerkommission mitarbeiten können. Dann ist der einzige Grund, weshalb man Schweizer einbürgern sollte, dahingefallen. Selbstverständlich steht allen frei, sich einbürgern zu lassen. Das ist klar. Für das braucht es aber nicht eine solche Aktion.

ER August Hafner (SP)

Eine kurze Bemerkung zur Frage von Einwohnerrat Willi Josel (SVP). Ich kann Ihnen schon sagen, was dagegen spricht. Es ist die Bürokratie. Der Amtsschimmel wird gepeitscht. Wenn man da eine grosse Aktion macht, dann müssen die Pässe etc. wieder geändert werden; es müssen neue Bürgerorte eingetragen werden etc. Das ist vielleicht alles für die Katz, weil wir in 20 Jahren ohnehin alle Schaffhauser werden.

ER Marco Torsello (FDP)

Einfach nochmals um das zu verdeutlichen. Der Bürgerort oder Heimatort ist ja wirklich vollkommen überholt. Wenn man als Schweizer ins Ausland reist und man die ID einer fremden oder bekannten Person zeigt und die schaut die ID an, was ist denn Bürgerort oder Heimatort? Bist Du dort geboren? Wohnst Du dort? Es ist vollkommen überholt. In anderen Ländern gibt es das gar nicht und deshalb kann man das vollkommen ausser Acht lassen.

ER Walter Herrmann (FDP)

Man kann das so technokratisch anschauen oder auch emotional. Wenn man sich irgendwo in einem Bergdorf einbürgern lassen will, dann muss man mind. drei Generationen dort sein, dass man überhaupt die Chance bekommt. Ein Begginger würde sein Bürgerrecht nicht abgeben dort, auch wenn er nicht einmal weiss, wo es ist, als ein Schaffhauser oder Zürcher. Etwas emotional ist es



eben doch noch. Man muss es technokratisch anschauen, dann ist die Aktion nicht notwendig. Es gibt jetzt vielleicht einige, die sich angesprochen fühlen und diese Aktion mitmachen würden.

ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Die Diskussion hat sich erschöpft. Wir gehen zur Abstimmung.

Der Einwohnerrat erklärt das Postulat mit 5 : 9 Stimmen (bei 6 Enthaltungen) als nicht erheblich.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 6 Interpellation Lenz Furrer (ÖBS): Ökostrom für die Gemeinde

Bemerkungen:

ER Lenz Furrer (ÖBS)

Die Interpellation hat ganz kurz nach ihrem Einreichen eine ungeheuerliche Aktualität erhalten. Noch viel mehr, als sie eigentlich schon hatte. Sie sehen das Datum, wann ich es gedruckt habe und wann es eingegangen ist. Ganz kurze Zeit danach ist im Pazifik von Japan ein Erdbeben unter dem Meeresboden passiert und hat unter anderem direkt und dann mit der kommenden Flutwelle einen Reaktor ziemlich beschädigt und der Unfall war kaum mehr in den Griff zu kriegen, was auch hier bei uns eine ziemlich tiefgreifende Bestürzung und eine Debatte über die Atomenergie ausgelöst hat. Wenn ich den ersten Satz meiner Interpellation lese und von der „unmittelbaren Zukunft“ rede, dann ist das ein bisschen unheimlich. Ich habe natürlich nicht so etwas gemeint, sondern generell die Zeit und die Ansprüche an die Energie, die kommen werden und schon da sind. Es ist aber auch unabhängig vom sog. Fukushima-Effekt uns ein grosses Anliegen, dass erneuerbare Energien gefördert und gefordert werden als Alternative zur Kernspaltung. Mir ist klar, dass das nicht auf Gemeindeebene in grossem Umfang passieren kann, aber in bescheidenem Mass, in dem es möglich und wirksam ist.

Beantwortung:

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Auch der Gemeinderat hat mit Betroffenheit den Unfall in Japan zur Kenntnis genommen. Es ist nicht Fukushima, sondern es sind auch noch andere Atomkraftwerke, die durch diesen Tsunami beschädigt wurden und stark betroffen sind. Man kann sich vorstellen, wie den Leuten dort zumute ist und welche gefährliche Arbeiten sie jetzt ausführen müssen. Wir können nur unsere Hochachtung zeigen, die vermutlich ihre Gesundheit aufs Spiel setzen. Ähnlich wie vor 25 Jahren damals in Tschernobyl. Wer dort als Liquidator arbeitete, hatte noch eine Überlebenschance von wenigen Tagen.

Ungeachtet dieser schweren Vorfälle hat sich der Gemeinderat schon früh entschieden Energiestadt zu sein und wir haben bereits bei der Strassenbeleuchtung - die einen wesentlichen Teil unserer Stromversorgung ausmacht - setzen wir ungefähr Fr. 12'000.00 dafür ein, aus ökologischen sprich mit Wasserstrom AXPO Blue Strom das in Strom zu erstehen. Ich habe mit Stand vom 18. April 2011 geschaut, was würde es kosten, wenn wir mit Schaffhauser Naturstrom unseren Bedarf decken würden. Wir haben einen Bedarf von 1'235'100 Kilowattstunden pro Jahr. Am 18. April 2011 hätten wir das mit Schaffhauser Naturstrom nicht mehr decken können. Es hat zu wenig auf der Börse gehabt. Es wäre aber möglich gewesen den Fehlbetrag noch mit dem Kraftwerk MF, das ist im Kanton Thurgau offenbar, noch zu decken und man käme dann auf einen totalen Zuschlag von knapp Fr. 155'000.00. Der Grund ist der Solarstrom, der sehr teuer ist und zusätzlich zu Buche schlägt. Das Wasser und auch die Biogasanlage und auch das Windrad wären noch zu tragen, aber der Solarstrom ist sehr hoch. Wenn man mit dem Schaffhauser Naturstrom plus Thurgauer Naturstrom plus St. Galler Naturstrom nur das Wasser nehmen würde, hat es genügend Wasser vorhanden. Das sind plus Rp. 3.00 pro Kilowattstunde. Da kommt man etwa auf Fr. 37'100.00. Würde man auf den AXPO Naturstrom Blue gehen, das kommt auch aus Wasserkraftwerken, aber unbekannter Natur. Man weiss nicht, welches Wasserkraftwerk genau den Strom liefert, dann käme man auf Fr. 24'700.00. Wenn man die Fr. 12'000.00 abzieht aus der öffentlichen Beleuchtung, dann sieht man, dass wir noch ungefähr Fr. 12'000.00 bis Fr. 13'000.00 zusätzlich ausgeben müssten um



mit AXPO Blue zu fahren. Der Gemeinderat beabsichtigt in den nächsten Jahren ungefähr Mehrkosten von Fr. 30'000.00 mehr zu budgetieren. Er sieht das so vor, dass er in erster Linie einmal Wasserkraftwerkstrom aus Thurgau, Schaffhausen und St. Gallen nimmt und den verbleibenden Rest aus AXPO Naturstrom Blue und soweit es möglich ist auch teurere Varianten übernehmen wird, sprich Solarstrom. Eine vollständige Nutzung aus Schaffhauser Naturstrom, möglicherweise wäre per Anfang Jahr 2012 wieder genügend vorhanden, das sehen wir aufgrund der Mehrkosten als nicht machbar. Ein reines Umstellen auf AXPO Naturstrom Blue, denken wir, wäre sicherlich ein guter Schritt, aber wir möchten noch einen Schritt weitergehen und noch etwa Fr. 5'000.00 bis Fr. 6'000.00 zusätzlich ausgeben und dann haben wir noch Thurgauer Naturstrom, Schaffhauser Naturstrom und St. Galler Naturstrom. So könnte man wirklich die konsequente Haltung, die wir ja haben gegenüber dem atomaren Tiefenlager, und auch als Energiestadt weitgehend der Interpellation, dem Wunsch entsprechen.

ER Lenz Furrer (ÖBS)

Vielen Dank für die differenzierte Antwort. Ich bin zufrieden mit der Antwort. Es ist mir klar, dass man nicht von heute auf morgen auf völlig anderen Strom umstellen kann. Es ist auch das Angebot nicht da. Das Angebot auf der Naturstrombörse ist ziemlich ausgetrocknet in den letzten zwei Monaten. Ich freue mich über die Absichten des Gemeinderates.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Als Ergänzung und kleine Werbung für die Naturstrombörse. Der Markt ist nicht ausgetrocknet, wenn wir bereit sind auch Thurgauer und St. Galler Naturstrom zu akzeptieren. Ich finde das könnte man ja wirklich zur Not noch akzeptieren. Es sind ja auch benachbarte Kantone und auch Solarstrom, für den Privaten gibt es mehr als genügend Strom. Das ist auch eine erstaunliche Erkenntnis. Wir können problemlos unseren Bedarf mit Wasserstrom decken mit den Kraftwerken, die wir kennen. Das ist überhaupt gar kein Problem. Wir könnten den gesamten Bedarf der Gemeinde damit decken. Auch als Privater kann man das problemlos machen.

Diskussion:

ER Peter Schmid (SVP)

Ich beantrage Diskussion. Die Fraktion der SVP begrüsst vom Grundsatz her diese Interpellation der ÖBS. Auch wir fänden es wünschenswert, wenn die Gemeinde Neuhausen als Energiestadt mit Öko- oder Naturstrom versorgt werden könnte und diese aus sauberen nachhaltigen Quellen bezieht, wie Einwohnerrat Lenz Furrer (ÖBS) es beschreibt. Wir haben aber schon noch einige Fragen, die wir gerne beantwortet hätten. Wie wir eben gehört haben, wie der Gemeindepräsident Stephan Rawyler gesagt hat, ist nicht immer Ökostrom oder Naturstrom vorhanden. Wenn die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall an der Börse einkaufen wollte, war an der Börse nichts mehr erhältlich. Wie uns aber bekannt ist, kauft der Kanton Genf Naturstrom bei den Städtischen Werken Schaffhausen. Wie kann so etwas vorkommen, dass wir keinen bekommen und die Städtischen Werke verkaufen das nach Genf? Unsere Fragen: Ist genügend Naturstrom vorhanden, sodass auch die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall noch davon beziehen kann? Was wäre, wenn plötzlich jedermann nur noch Naturstrom möchte? Wie viel davon kann wirklich produziert werden? Wo liegen die Grenzen dieser Naturstromproduktion? Wie viel wird produziert und wie viel wird verkauft? Wird mehr verkauft, als dass überhaupt produziert wird? Wenn die ÖBS schon den Einkauf von Ökostrom fordert, dann müsste sie konsequenterweise auch dafür sein, wenn es darum geht zugunsten dieser



Naturstromproduktion den Rhein höher zu stauen, in den Gebirgen neue Stauseen oder auf dem Randen Windräder zu bauen.

ER Peter Gloor (SP)

Meine Frage geht dahin: Die Aktienanteile vom RKN am Rheinfall. Sind die irgendwo in der AXPO? Wo kommt der Strom dann her? Wo kommt das Geld her, wie wird das hier verrechnet?

Gemeindepräsident Stephan Rawlyer

Ich versuche die Fragen zu beantworten, soweit mir das möglich ist. Zu Einwohnerrat Peter Gloor (SP): Die kann ich gut beantworten. Konto 8690.439.00 Verschiedene Einnahmen. Dort sind Fr. 5'000.00 budgetiert. Zwar hat die RKN nach meinem Wissen das Zertifikat nach England verkauft. Dann die Fragen von Einwohnerrat Peter Schmid (SVP). Da muss ich ehrlicherweise gestehen, das ist bereits eine zweite Interpellation. Teilweise übersteigt es auch meinen Wissensstand. Die Städtischen Werke verkaufen das nicht nach Genf, sondern die KWS verkauft das. Die städtischen Werke produzieren ja keinen Strom sondern die KWS. Die KWS gehört ja zu 51 % dem Kanton und zu 49 % der Stadt Schaffhausen. Die Städtischen Werke, selbst wenn es so ist oder die KWS haben entschieden, dieses Produkt zu verkaufen und Genf hat zugeschlagen. Das ist der freie Markt. Die Frage, ob es genügend Naturstrom gibt: Ja, den gibt es, einfach am 18. April 2011 hatte es zu wenig Schaffhauser Naturstrom. Wenn man bereits in den Kanton Thurgau geht, dann ist das überhaupt kein Problem. Wenn man dann noch den Kanton St. Gallen dazu nimmt, dann kann man alles mit Wasser machen. Wie viel total vorhanden ist, da bin ich überfragt. Das müsste man zusammenrechnen und bei der EKS nachfragen. Wo sind die Grenzen? Da bin ich völlig überfragt, da müsste man eine Studie machen, wie das aussieht. Ich habe nur gerücheweise schon gehört, dass an sich der Kanton Schaffhausen sich selbst mit Energie versorgen könnte. Man hat genügend Flächen und man muss bereit sein, gewisse Einschränkungen zu akzeptieren. Sei es mit Windrädern oder höher Stauen. Es ist bereits ein Vorstoss im Kantonsrat hängig. Der technische Fortschritt wird weitergehen, das muss man sich bewusst sein. Irgendwann wird man die Windräder auch benutzen können, wenn es stark windet und muss sie nicht abstellen, weil man dann nicht weiss, wohin mit dem Strom und ähnliche Dinge. Da sind wir erst am Anfang. Wird mehr verkauft als produziert wird? Diese Frage kann ich nicht beantworten. Ich gehe aber von der Ehrlichkeit unserer Werke aus. Es ist mir eigentlich nichts anderes bekannt und von dort her gesehen habe ich eigentlich Vertrauen in diesem Punkt in die Werke.

ER Markus Anderegg (FDP)

Zur Frage, wie gross das Potential an erneuerbaren Energien ist. Das ist unerschöpflich. Es ist jetzt Gott sei Dank endlich diese Entwicklung im Gange, dass aus Biomasse, aus Windkraft und aus anderen Dingen, Photovoltaik wurde erwähnt, immer mehr User ans Netz gehen. Unter anderem auch unsere KBA Hard im August/September ans Netz gehen mit Strom und nicht aus Biomasse. CO2-freier Naturstrom. Hier reden wir nicht von ein paar Windrädern auf dem Randen oder von 2 m2 Photovoltaik, sondern von mindestens 1'500 Einfamilienhäusern der Verbrauch wird da produziert. Schon über die Hälfte von Neuhausen am Rheinfall könnte damit versorgt werden und diese Anlage ist ausbaubar, wenn wir mehr Grün kriegen. Das wird jetzt zum Marktgeschäft. Da kann ich wirklich beruhigen, diese Entwicklungen laufen und wir werden in Zukunft genügend erneuerbaren Strom oder erneuerbare Energien haben.



ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Ich sehe, die Diskussion hat sich erschöpft.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 7 Interpellation Willi Josel (SVP): Gewinnverteilung 1100 Jahre Neuhausen am Rheinfall

Bemerkungen:

ER Willi Josel (SVP)

Es steht alles drinnen. Ich muss nicht viel dazu sagen, aber was ich noch gerne im Protokoll haben möchte, ist, dass ich nicht nur dem OK gedankt habe, sondern auch allen Vereinen, die hier mitgemacht haben. Dieser Dank soll hier noch ausgesprochen werden. Mehr habe ich dazu nicht mehr zu sagen.

Beantwortung:

Gemeinderat Christian Di Ronco

Der Gemeinderat ist der falsche Adressat für diese Interpellation. Die richtige Adresse wäre das OK 1100 Jahre Neuhausen am Rheinfall gewesen. Denn das OK 1100 Jahre Neuhausen am Rheinfall ist keine vom Einwohnerrat oder Gemeinderat eingesetzte Kommission. Es hat sich selber konstituiert. Somit wäre dieses Geschäft erledigt.

Nun, die Interpellanten haben Glück, dass ich als zuständiger Referent auch noch OK-Präsident bin und in diesem Sinne die Interpellation auch beantworte.

Bevor ich zur Beantwortung der Fragen der Interpellanten komme, möchte ich kurz auf die Ausgangslage für die Gewinnverteilung des Hauptfestes an Vereine und Organisationen eingehen. Da am Hauptfest Non-Profit- und Profit-Attraktionen von den Vereinen erwartet wurden, war es zum Vornherein klar, dass der Gewinn der verschiedenen Anlässe eingezogen und gemäss einem Verteilschlüssel auf die Teilnehmer verteilt werden musste. Bereits an der ersten Orientierung des OK vom 2. Mai 2009 mit den Organisationen und Vereinen wurde dieses Vorgehen klar kommuniziert, von den teilnehmenden Organisationen und Vereinen akzeptiert und beschlossen, dass die Verantwortung für die Erstellung des Verteilschlüssels für die Gewinnverteilung beim OK-Hauptfest liegt. Gleichzeitig wurde die Möglichkeit des kommerziellen Festplatzes mit Vermietung der Infrastruktur und Festbetrieb in eigener Regie mit sämtlichen Risiken auf Seite der Organisation oder des Vereins, wie sie Gewerbebetriebe hatten, aufgezeigt. Somit waren die Organisationen und Vereine nicht verpflichtet in jedem Fall an der Variante mit gemeinsamer Gewinnverteilung teilzunehmen. Zuständig für die Gewinnverteilung war das OK Hauptfest bestehend aus den Herren J.-P. Mühlethaler, E. Graf und N. Tamagni. Der Verteilschlüssel stand jederzeit allen Vereinen zur Einsicht zur Verfügung. Durch das verspätete Einreichen einzelner Abrechnungen von Vereinen und Organisationen sowie einiger Nachkontrollen von Abrechnungen verzögerte sich die Gewinnausschüttung auf anfangs 2011. Die definitive Gewinnverteilung wurde an der 19. Gesamt-OK-Sitzung vom 24. Januar 2011 genehmigt und zur Zahlung freigegeben.

Zu bemerken ist auch, dass der Gesamtgewinn vom Hauptfest von Fr. 42'865.80 nur durch die Übernahme der Infrastrukturkosten wie Werbung, Abfallentsorgung, Energie, Aufsicht usw. durch die Organisation 1100 Jahre Neuhausen am Rheinfall mit Kostenfolge von ca. Fr. 75'000.00 übernommen wurden. Im Weiteren ist auch zu erwähnen, dass auch das gesamte OK, in verdankenswerter Weise, mehrere hundert Stunden ohne Entschädigung erbracht hat. Wären diese Kosten auch noch belastet worden, so wäre das Resultat eine tiefrote Zahl gewesen.



Zu den einzelnen Fragen:

1. Ist eine Gesamtrechnung vorhanden?

Ja, selbstverständlich ist eine Gesamtrechnung vorhanden. Um so ein Festjahr überhaupt erfolgreich gestalten und durchführen zu können, auch finanziell, setzte es voraus, dass es einerseits ein Gesamtbudget, Budgets pro Anlass und andererseits die Frage der Mehrwertsteuerabrechnung geklärt war und es stets eine aktuelle Buchhaltung gab. Dazu gehörte auch das entsprechende Controlling. Denn bei einem Gesamtumsatz von knapp Fr. 500'000.00 hört der Hobbyfaktor auf. Mit dem Finanzspezialisten Felix Tenger hatten wir den entsprechenden Spezialisten an Bord. Nur so war es auch möglich mit einer Punktlandung die Rechnung abzuschliessen.

a) Wurde diese der RPK vorgelegt?

An einer der ersten Sitzung des OK wurde beschlossen, dass die Gesamtrechnung von der RPK abgenommen werden soll. Auf eine externe Prüfung wurde aus Kostengründen verzichtet. Die Gesamtrechnung wurde zwischenzeitlich am 27. April 2011 von der RPK (Hans Schärner und Kurt Tanner) geprüft und abgenommen.

b) Wenn nein, wer hat diese geprüft? Frage erübrigt sich somit!

2. Nach welchem Raster wurde die Gewinnverteilung vorgenommen?

Der Verteilschlüssel bestand aus den Faktoren wie Aufwand der Festvorbereitung, Personaleinsatz, zeitlicher Aufwand am Fest und zu einem kleinen Teil der Gewinn des einzelnen, die zur Gewinnverteilung führen.

3. Welche Gruppierungen wurden wie und in welcher Höhe unterstützt?

Der gesamte Gewinn vom Hauptfest von Fr. 42'865.80 wurde gemäss Verteilschlüssel an 30 Organisationen und Vereine in Beträgen von Fr. 200.00 bis Fr. 400.00 für Bühnenauftritte und in Beträgen zwischen Fr. 1'200.00 und Fr. 4'000.00 für die anderen Festanlässe aufgeteilt

4. Wurden diese zugesprochenen Beträge von allen akzeptiert oder gab es Reklamationen?

Lediglich von einem Verein wurde die Gewinnauszahlung beanstandet, dabei stellte sich heraus, dass dieser Verein annähernd die gesamte Infrastruktur für den Festplatz in eigener Regie erbrachte und diese nicht in Rechnung stellte. Dieser Betrag wurde vom OK nachträglich, ohne die Gewinnauszahlung an die übrigen Organisationen und Vereine zu schmälern, erstattet. Das war nach meinem Wissenstand nicht der Auslöser für diese Interpellation. Vielleicht können uns die Interpellanten in dieser Hinsicht noch aufklären.

5. Wurden bis dato sämtliche Erträge ausgeschüttet?

Die Beträge an die betreffenden Organisationen und Vereine waren bis zum 23. Februar 2011 vollumfänglich ausbezahlt.

Das OK hat für das Hauptfest Infrastrukturkosten in der Höhe von rund Fr. 75'000.00 durch Sponsoren und die Gemeinde gedeckt. Dazu kamen Marketing-Aufwendungen von rund Fr. 190'000.00 für das gesamte Jahr, welche ebenfalls durch Sponsoren abgedeckt werden konnten. Nach Bezahlung aller Rechnungen wird für die Gesamtabrechnung ein Überschuss von ca. Fr. 6'000.00 übrig bleiben. Ein kleiner Teil dieses Überschusses wird für das gemeinsame OK-Abschlussessen, welches der Erstunterzeichnete der Interpellation dem OK verdankenswerter Weise auch zugesteht, und der Rest akonto für das Einweihungsfest des Ortszentrums verwendet.



Zitat: „Unverständnis hat bei allen OK-Mitgliedern die Vorgehensweise der Interpellanten über den politischen Weg hervorgerufen. Kennen diese doch mehrere OK-Mitglieder, wie Einwohnerräte und Gemeinderäte und andererseits aus Ihrer eigenen Partei, die Ihnen jederzeit diese Auskünfte hätten geben können. Ein solches Vorgehen ist für viele freiwillige Helfer, die sich für eine Organisation jeweils zur Verfügung stellen, frustrierend, weil sie immer wieder befürchten müssen, nachträglich mit zusätzlichem Aufwand, Umtrieb und Misstrauen belastet zu werden.“

Als Verantwortlicher für die Organisation des Einweihungsfestes des Ortszentrums im August bedurfte es vieler motivierender Worte um die freiwilligen Helfer an Bord zu behalten. Ich möchte diese Gelegenheit nützen um allen OK-Mitgliedern zu danken für ihren engagierten und unermüdlichen Einsatz. Während den 1100-Jahr-Feierlichkeiten wurden über 2'000 Stunden, zählt man alle Anlässe und Sitzungen zusammen, geleistet und hat für viele der OK-Mitglieder schon manchen Tagesablauf bestimmt. Aber ich denke, es war eine spannende und gute Zeit. Und der Einsatz hat sich gelohnt, denn unsere Gemeinde konnte sich mit den Anlässen bestens präsentieren. In Anbetracht dessen dürfen wir sehr zufrieden und stolz sein mit den 1100-Jahr-Feierlichkeiten.

ER Willi Josel (SVP)

Es wurden Fragen an mich gestellt, die ich beantworten muss. Ich war auch schon mal in einem OK und zwar beim ersten Neuhauser Fest vor vielen Jahren. Ich weiss, was das bedeutet. Zur ersten Bemerkung, ich habe dem OK gedankt und habe es auch aufgeführt. Ich weiss, dass es sehr viel Arbeit gibt und deshalb habe ich auch heute nochmals gesagt, dass man allen Vereinen, die dabei waren, auch danken muss. Die Frage: „Warum wurden nicht die eigenen Parteifreunde gefragt?“ Das kann ich beantworten. Wäre das der Fall gewesen und hätte ich das gemacht statt an die Öffentlichkeit zu gehen, dann hätte es geheissen, dass innerhalb der Partei etwas gemauschelt wird. Irgendwelche Angaben werden gemacht, die niemand überprüfen kann und genau aus diesem Grund habe ich den Weg in die Öffentlichkeit gewählt. Eine Frage ganz am Anfang. Welche Leute sind das? Ich sehe nicht ein, weshalb ich Leute in die Öffentlichkeit bringen soll, die sich an mich gewendet haben. Ich gebe diese Namen nicht bekannt. Das waren einige, die mir Fragen gestellt haben. Ich habe die Antworten gekriegt und bin zufrieden, so wie das gekommen ist und ich stelle keinen Antrag auf Diskussion.

Keine Diskussion.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 8 Interpellation Dr. Jakob Walter (parteilos): Liquidation in Raten?

Bemerkungen:

ER Jakob Walter (parteilos)

Ich möchte keine Ergänzungen anbringen.

Beantwortung:

Gemeindepräsident Stephan Rawlyer

Eine Gemeinde ist nicht etwas Statisches. Es ist nicht mit der Schweiz, wie sie 1848 gegründet wurde, zu vergleichen. Seither hat es viele Veränderungen gegeben. Das Aufgabengebiet ändert immer wieder und der Gemeinderat schaut es auch als seine Aufgabe an, immer wieder zu überprüfen, welche optimalen Organisationsmöglichkeiten gibt es und er wird dabei teilweise gestossen von übergeordneten Stellen spricht vom Bund, damit meine ich z.B. die Vereinheitlichung des Zivilstandsamtes oder auch vom Kanton, wie z.B. die Polizei, das Friedensrichteramt oder eben aus eigenen Überlegungen z.B. die Steuerverwaltung. Wir können dort jedes Jahr Fr. 170'000.00 einsparen, ohne dass wir wirklich einen substantiellen Komfort oder Einbussen an Informationen oder Ähnlichem hätten. Beim Forst sind wir seit Jahren erfolgreich in Kooperation, während Jahrzehnten waren wir mit dem Kanton Schaffhausen zusammen. Dann hat man sich in diesem Bereich etwas auseinandergeliebt und man hat dann zur Stadt Schaffhausen gewechselt. Trotz etwas höheren Kosten sind wir damit sehr zufrieden. Wir sind bestens bedient. Das Laufenaerial haben wir nicht abgegeben. Der Interpellant hat das sicher zur Kenntnis genommen, dass im Verhältnis mehr als 3 : 1 die Neuhauser und Neuhauserinnen der Abgabe im Baurecht zugestimmt haben. Das Laufenaerial gehört nach wie vor Neuhausen am Rheinfall. Es gibt aber auch andere Bereiche, in denen die Diskussion zurzeit hängig ist. Dabei ist am gewichtigsten die Vormundschaft. Dort wird nächstens der Kantonsrat eine gewichtige Vorlage bekommen und die Auswirkungen in diesem Bereich sind noch völlig offen. Es ist mir nicht bekannt, in welche Richtung die Vorlage des Kantons gehen wird. Was ich aber jetzt schon weiss, die Auswirkungen für die Gemeinden werden spürbar sein, welche Lösungen man auch immer anstreben wird. Die Informations- und Kommunikationstechnik wird nicht abgetreten. Sie haben vorhin ja den Bericht zur Kenntnis genommen, dass wir uns der KSD anschliessen wollen. Wir sind schon seit vielen Jahren und in diversen Bereichen ein guter Kunde bei der KSD und wenn die KSD vor rd. 10 Jahren das von uns gewünschte Programm GESOFT auch angeboten hätte, dann wären wir damals schon in engerer Kooperation mit der KSD aufgetreten. Ich denke, wenn man sich bewusst wird und man sich das wieder vorstellt, welche Veränderungen im Bereich der EDV in den letzten Jahren oder Jahrzehnten stattgefunden haben, dann muss man sich klar sein, wir sind sogar dazu aufgefordert, das ist die Aufgabe des Gemeinderates sich in solchen Bereich immer wieder Gedanken zu machen. Ich darf einfach daran erinnern, die EDV, ich bin dort frisch in den Einwohnerrat gekommen, dann hat der Einwohnerrat über den Kauf von PCs abgestimmt. Stückpreis Fr. 8'000.00 bis Fr. 9'000.00. Heute ist das ein Klacks und es spricht niemand mehr darüber. Der Einwohnerrat würde so ein Geschäft dankend zurückweisen. Das interessiert gar niemanden mehr. Damals war das ein aufregendes Geschäft. Im Bereich Werkhof gibt es zurzeit Gespräche zwischen dem Kanton und der Stadt Schaffhausen, den Städtischen Werken über eine Zusammenlegung. Ich denke, das hat mein Vorgänger sehr gut gemacht, dass er dafür gesorgt hat, dass wir ebenfalls in diese Gespräche miteingebunden werden. Es hat sich in der Zwischenzeit aber gezeigt, dass wir vermutlich, wenn überhaupt, mit einem ganz geringen Teil an einem solchen Werkhof partizipieren können. Die



Erklärung liegt in der Geografie. Wenn man vom Schweizersbild mit der Putzmaschine ins Zentrum von Neuhausen am Rheinflall fahren müsste, dann machen sie eine Pause und am Nachmittag das gleiche Spiel, dann fährt der Mann eigentlich nur mit der Putzmaschine umher und hat eigentlich gar nichts gearbeitet. Auch andere Städte, wie z.B. die Stadt St. Gallen, die haben mehrere Werkhöfe, genau auch aus diesem Grund. Es könnte allenfalls im Bereich der Kehrichtabfuhr zu einer Zusammenarbeit kommen. Das sind wir am Prüfen. Eine Entscheidung ist hier noch nicht gefällt. Ich denke, wenn wir hier wirklich mitmachen wollen, dann sind wir nur von einem kleinen Gebiet betroffen. Es gibt aber auch viele neue Aufgaben, die der Gemeinderat immer wieder bekommt. Der Bund hat z.B. dafür gesorgt. Das Tiefenlager. Das ist wirklich eine Arbeitstherapie für die Gemeinderäte. Da wird man wirklich beschäftigt. Man könnte von frühmorgens bis spätabends sich nur noch um das Tiefenlager kümmern. Das kann es wohl auch nicht sein. Dann sieht man auch: Die Komplexität der Aufgaben wird sehr hoch und das Zeitbudget wird immer kleiner. Sie können sich erinnern, im Bereich Planung SIG-Areal. Auch Sie mussten darunter leiden. Es ist auch daran zu erinnern, dass bei dem Postulat Howald, das ja eine Abklärung über die Organisation der Gemeinde, der Verwaltung, verlangt hat, das erfolgte ja auch mit dem Schweizerischen Institut für Betriebsökonomie aus Dübendorf. Die Leute kamen guten Mutes zu uns, sagten, wir machen da immer das gleiche. Sie gingen jedoch relativ ernüchtert zurück, weil Neuhausen am Rheinflall eigentlich zu wenig Angestellte hat. Wie wird das aufgefangen? Zum grossen Teil dadurch, dass die Gemeinderäte viel alleine machen und das ist ein Entscheid, der auch mit der neuen Verfassung bestätigt wurde. Das Pensum der Gemeinderäte wurde bereits um 5 % zurückgenommen, aber die Arbeit bleibt dieselbe.

Frage 1:

Welche Abteilungen und Dienste gedenkt der Gemeinderat zusätzlich aus der eigenständigen kommunalen Verantwortlichkeit zu entlassen?

Antwort:

Zurzeit haben wir keine Pläne, irgendwelche Abteilungen wegzuschicken. Es ist jedoch unsere Pflicht abzuklären, ob z.B. im Bereich der Kehrichtabfuhr eine Zusammenarbeit möglich wäre. Erste Früchte haben diese Gespräche übrigens bereits gezeigt. Wir haben kein Ersatzfahrzeug mehr. Sobald unser Fahrzeug kaputt ist, nehmen wir dasjenige der Stadt Schaffhausen. Wir haben in letzter Zeit etwas Pech gehabt und mussten ja ein neues Kehrichtfahrzeug anschaffen, weil das relativ noch neue Fahrzeug seinen Geist aufgegeben hat, sprich die Schaltung ist kaputt. Die Reparatur hätte ungefähr Fr. 86'000.00 gekostet, weil die ZF in Friedrichshafen gesagt hat, wir machen diese Einzelanfertigung gerne für sie und wir haben uns dann entschieden eine Occasion für Fr. 100'000.00 zu kaufen. Das würde durchaus ins System passen, wenn wir mit der Stadt Schaffhausen enger zusammenarbeiten würden.

Frage 2:

Welche Abteilungen und Dienste gehören nach Auffassung des Gemeinderates zwingend in die Verantwortlichkeit einer selbständigen Gemeinde?

Antwort:

Wir sind ganz der Ansicht, dass alle Gebiete, die den Kern der Verwaltung ausmachen, zur Gemeinde gehören, dort werden wir keine Abstriche machen.

**Frage 3:**

Welche Ziele verfolgt der Gemeinderat hinsichtlich der Zukunft einer selbstständigen Gemeinde Neuhausen am Rheinfall?

Antwort:

Wir sind in keiner Weise heimatmüde, auch wenn die Mehrheit des Gemeinderates nicht Neuhauser Bürger ist. Wir glauben an die Zukunft von Neuhausen am Rheinfall. Das darf uns aber nicht daran hindern, auch die Kantonsräte müssen strategische Überlegungen anbringen, die im Rahmen des Kantons auch das Wohl zu berücksichtigen haben und wieder die optimale Organisationsform für rd. 75'000 Einwohnerinnen und Einwohner sicher mal wieder diskutieren müssen und auch dürfen. Dazu sind wir Kantonsräte auch gewählt, aber wir haben nicht vor eine Fusion einzugehen. Ich denke auch, bei dieser Frage wurde der Ansatz der Frage falsch gestellt. Man müsste eigentlich fragen, wo haben wir Stärken und wo haben wir Schwächen und was wären die Risiken und was wären die Chancen, wenn wir uns mit jemandem zusammentun, bevor man schon die Lösung gibt. Das ist der falsche Ansatz. Deshalb wir haben keine Absichten in dieser Hinsicht. Wir arbeiten sehr gut zusammen mit dem Stadtrat Schaffhausen. Ich tausche mich auch immer wieder aus mit meinen Kollegen in Beringen oder in Thayngen oder in der Stadt Schaffhausen. Diese teilen meine Ansicht, dass z.T. auch die Wortwahl in der Vergangenheit nicht immer optimal war.

Frage 4:

Welche Auswirkungen sollen die bisherigen und allfälligen künftigen Abtretungen von Aufgaben auf die Pensen-Dotation des Gemeinderates haben?

Antwort:

Wir sind der Ansicht, dass wir die Pensen nach wie vor benötigen. Allenfalls wäre es dann am Einwohnerrat allenfalls eine Korrektur vorzusehen, wenn Sie der Ansicht sind, unsere Pensen sind überdotiert.

ER Jakob Walter (parteilos)

Ich danke für die ausführliche Antwort. Ich wäre froh um Ausdeutung der Antwort zur Frage 2, Abteilungen und Dienste. Was gehört zwingend in die Verantwortlichkeit einer selbstständigen Gemeinde? - und die Antwort war: Solche, die den Kern der Verwaltung betreffen. Für mich könnte darunter z.B. auch die Steuerverwaltung zählen. Deshalb werde ich aus dieser Antwort nicht schlau.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Es gibt keine endgültige Antwort zu dieser Frage 2, weil das direkt damit zu tun hat, welche Aufgaben und Rechte gibt auch das übergeordnete Recht allgemein. Heute gehört ganz klar für mich die Einwohnerkontrolle dazu, weil wir ja wissen müssen, wer wo in unserer Gemeinde lebt. Wenn wir das nicht mehr wissen, wer unsere Kundinnen und Kunden sind, dann können wir eigentlich unseren Laden dicht machen. Die Steuerverwaltung gehört klar nicht dazu. Auch die Neuhauser Bevölkerung war dieser Ansicht. Das Projekt ist in den Landgemeinden gescheitert, aber nicht in den Agglomerationsgemeinden. Das Volk hat klar gesagt, der Entscheid des Gemeinderates, der übrigens vom Einwohnerrat gestützt wurde, ist richtig. Im Baurecht z.B. Planung schaue ich auch als ein Kerngebiet an. Der soziale Teil, hier wissen wir, je näher wir am Kunden dran sind, umso besser ist es. Die Frage des Vormundschaftsrechts wird uns noch beschäftigen. Da bin ich mir selbst auch noch nicht ganz schlüssig. Sie sehen vielleicht auch, die Sache ist im Fluss. Man kann nicht abschliessend sagen, das ist jetzt so und etwas anderes gehört nicht mehr dazu. Ich denke auch, jede Gemeinde muss das für jede Periode immer wieder neu bestimmen. Die Diskussion, die Sie



hier angeregt haben in unserem Rat, trägt eigentlich gerade dazu bei, uns bewusst zu werden, was gehört tatsächlich dazu und was macht eine Gemeinde aus. Das ist eine wichtige Diskussion.

ER Jakob Walter (parteilos)

Diese Antwort auf Frage 2, die ich jetzt bekommen habe, ist relativ wenig und wenn das wirklich die einzigen Pièces de Residence sind, dann drängt sich schon die Frage auf, muss man wegen der Einwohnerkontrolle und dem Baurecht und dem Sozialreferat die Gemeinde am Leben erhalten. Das ist nicht Gegenstand dieser Interpellation.

Keine Diskussion.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 9 Interpellation August Hafner (SP): Steuergesetzrevision: Ist die gedeihliche Entwicklung von Neuhausen am Rheinfall gefährdet?

Bemerkungen:

ER August Hafner (SP)

Eine eigentliche Ergänzung zur Interpellation habe ich nicht. Nicht ganz zwei Monate später hat der Regierungsrat dem Kantonsrat eine Zusatzvorlage unterbreitet mit dem Antrag: Die Behandlung der steuerlichen Entlastungen ist nach der Behandlung des Finanzplanes 2012 – 2015 aufzuschieben. Das beeinflusst die vorliegende Interpellation nicht, denn aufgeschoben ist nicht aufgehoben und ich denke, die gestellten Fragen sind nach wie vor aktuell.

Beantwortung:

Gemeinderat Dino Tamagni

Nochmals zum ganzen Werdegang. Die Interpellation war aufgrund der Vorgaben des Kantons resp. der Regierung zustande gekommen. Im Februar vorgängig wurden das Finanzreferat und das Gemeindepräsidium über das Vorhaben informiert bzw. orientiert. Der Gemeinderat hat dann schriftlich dazu Stellung genommen, obwohl es keine Vernehmlassung war sondern nur eine Orientierung des Finanzdepartementes, und hat in seiner Stellungnahme bekannt gegeben, dass ein solcher Steuerausfall für die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall nicht zu verkräften sei und die Möglichkeiten der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall – wenn es so bleiben würde – übersteigen würde. Dann kam die Vorlage an den Kantonsrat zur Orientierung und das hat dann auch die Stadt Schaffhausen, die Gemeinde Thayngen, die Gemeinde Stein am Rhein und die Gemeinde Beringen auf den Plan gerufen und die Finanzreferenten und Gemeindepräsidenten haben sich dann in einer Medienorientierung dazu geäußert, was sie von dieser Steuergesetzrevision halten resp. was die Problematik ist und was dann auf die Gemeinden zukommt. Was wiederum das gleiche betreffen werde. Die Diskussionen haben sich dann darum gedreht, dass gewisse Kompensationsforderungen geltend gemacht werden sollten und diese dann in die Überlegungen des Kantonsrates resp. in den Regierungsrat mit einfließen würden. Sie haben es selber erwähnt, am 19. April 2011 kam die Ergänzungsvorlage des Kantons der Regierung des Finanzdepartementes und des Regierungsrates, wodurch dann die ganze Übung abgeblasen wurde und in diesem Sinne die ganze Vorlage eigentlich faktisch wieder bis auf die Bundesvorgaben Makulatur ist resp. aufgeschoben wurde. Wenn man ehrlich ist und man diesen Zahlen des Finanzdepartementes glaubt, dann muss man sehr optimistisch dahinter gehen, wenn man hier noch etwas erwarten müsste in irgendeiner grossen Höhe, dass die Gemeinde dann tangieren würde. Es ist aber schwierig heute etwas zu sagen, und auf die Fragen des Interpellanten einzugehen, da sie rein auf einer Hypothese oder einer Annahme beruhen würden. Ich denke, der Gemeinderat ist nicht in der Lage heute eine Antwort dazu zu geben und müsste die Verhandlungen der Kommission resp. des Kantonsrates weiterhin abwarten. Wenn die Vorlage so durchkommt, wie sie jetzt mit der Ergänzungsvorlage auf dem Tisch liegt, hat es überhaupt keinen Einfluss und wenn der Finanzplan das bestätigt, was jetzt angenommen wird und nichts kommt, dann wird es in näherer Zukunft auch so bleiben. Es lohnt sich weiterhin nicht darum darauf einzugehen, denn eine Antwort würde nur auf Annahmen beruhen. Ich würde es in diesem Falle wirklich so vorschlagen, dass der Gemeinderat diese Interpellation so entgegennimmt und die Antwort auf später vertagt, aber da müsste ich sagen, es wird vermutlich November/Dezember.



ER August Hafner (SP)

Ich kann mich diesem Vorgehen anschliessen, dass es jetzt noch nicht die abschliessende Antwort des Gemeinderates sein sollte. Ich kann aber im Gegenzug zusichern, wenn das Ganze auf Kantonsebene zum Erliegen kommt, dass dann selbstverständlich diese Interpellation dann zurückgezogen wird.

ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Ich denke in diesem Sinn nimmt der Gemeinderat diese Interpellation entgegen und wir erledigen sie zu einem späteren Zeitpunkt, sofern das dann überhaupt nötig ist.

Das Geschäft ist somit vorerst erledigt.



TRAKTANDUM 10 Interpellation Dr. Urs Hinnen (ÖBS): Welches ist die beste Form der Gemeindedemokratie für Neuhausen?

Bemerkungen:

ER Urs Hinnen (ÖBS)

Ich glaube schon, dass es notwendig ist, dass ich noch einige Dinge erläutere, weil das möglicherweise nicht so verstanden wurde. Es ist ja so, den Ausschlag hat das Trauerspiel über diese Abfallverordnung geliefert. Ich muss hier das Wort „kindisch“ nennen. Es gehört zur Politik, dass man sich manchmal kindisch verhält. In Japan hat man eine Umfrage gemacht und 80 % äusserte sich derart, dass sie sagen, ich bin eigentlich kindisch in meinem Gehabe. Es geht hier nicht um die Sache, sondern es sind persönliche Ziele, die ich da verfolge und das ist meiner Meinung nach nicht unbedingt der richtige Weg, dass man nicht gewillt ist an gemeinsamen Lösungen zu arbeiten oder das dann nur so lange zu tun und dann die Kollegen, die mitgemacht haben im Regen stehen lässt. Vielleicht habe ich eine Allergie gegen so ein kindisches Verhalten, sorry, das hat mich dazu bewogen, mir Gedanken dazu zu machen, was das eigentlich bedeutet. Es ist in dem Sinne auch ein Zeugnis für den Einwohnerrat und es ist auch eine Frage, wie effizient arbeitet eigentlich der Einwohnerrat. Es ist in dem Sinne ein Auftrag für die Bürger, dass wir uns hier einsetzen und Lösungen suchen und wenn entsprechend solche Vorfälle da sind, dann kommen irgendwann mal Leute, die scharfmachen (in letzter Zeit tut das die Junge FDP öfters im Kantonsrat). Es könnte auch sein, dass wir hier bei uns solche Scharfmacher haben werden aus anderer Seite. Wir können es uns nicht leisten, ein Parlament zu haben, das nicht effizient arbeitet. Ich denke, es ist schlussendlich auch die Frage aufgetreten, ob es Alternativen gibt. Ich persönlich bin der Meinung, es ist ein sehr guter Ansatz dieses Parlament hier. Ich habe auch Gemeindeversammlungen miterlebt, wo ich aufgewachsen bin. Es ging dort teilweise sehr chaotisch zu und her. Man muss sich jetzt Gedanken machen, denn es kann irgendwann sein, dass wir angeschossen werden. Wann man sich überlegt, was wäre die Alternative. Man sollte sich kurz auch mal Gedanken darüber machen, was gäbe es für Argumente, solchen Bestrebungen entgegenzuwirken. Gedanken zur Kostenfragen. Mir ist klar, der Gemeinderat ist eigentlich gar nicht verpflichtet, diese Interpellation zu beantworten. Ich möchte einfach den Gemeinderat bitten, vielleicht doch noch einige Äusserungen dazu zu machen, denn ich denke, er ist eher an der Quelle, solche Informationen zusammenzukriegen.

Beantwortung:

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Ungeachtet dessen, dass aufgrund der Bezeichnung man ab und zu den Eindruck bekommt, dass im oberen Kantonsteil die Monarchie herrscht, auch dort gilt immer noch die Demokratie und die hat sich auch bewährt. Der Einwohnerrat hat 1995 unter der Leitung von Einwohnerrat Peter Gloor (SP), der damals einmal mehr Einwohnerratspräsident war, das 100-jährige Bestehen gefeiert. 1895 hat man den Einwohnerrat gegründet. Wir sind jetzt im 116. Jahr und der Gemeinderat ist grundsätzlich der Ansicht, dass sich in Neuhausen am Rheinfall dieses System bewährt hat. Über die Art und Weise, wie der Einwohnerrat funktioniert. Wenn jemand in der Kommission zustimmt, im Einwohnerrat zustimmt und danach das Referendum ergreift, darüber muss nicht der Gemeinderat urteilen. Es liegt allenfalls am Einwohnerrat selbst. Der Einwohnerrat muss selbst seine Arbeit beurteilen und alle vier Jahre machen. Das in bewährter Manier auch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger als Wählerinnen und Wähler. Ich denke, sie machen das sicherlich richtig. Wir können uns nicht vorstellen, dass eine Gemeindeversammlung Vorteile bringen würde. Man müsste sich das



vorstellen in der Grössenordnung einer Landsgemeinde im Bereich von ca. 2'500 Personen. Das ist ungefähr normal. Das ist die übliche Stimmbeteiligung. Es können aber gut auch 3'000 Personen sein. Da muss man sich vorstellen, wo machen wir das? Das wäre eine gewaltige Veranstaltung. Das können wir uns nicht vorstellen, dass das der richtige Weg sein könnte. Wenn man das wirklich ändern wollte, dann müsste man wiederum die Gemeindeverfassung ändern. Dass man Kosten einsparen könnte. Alleine schon die Organisation, die Beschallungsanlage und dann müsste man noch irgendeine Verköstigung anbieten. Das würde nicht gut rüberkommen. Ich glaube auch nicht, dass wir schneller zu Lösungen kommen könnten. Man sieht das bei Gemeinden, die Gemeindeversammlungen haben. Die machen oft zusätzlich noch Orientierungsversammlungen, an denen man die Geschäfte nochmals genau erklärt. Man muss auch Kommission einsetzen. Nur ist dann die Auswahl sehr viel schwieriger, jeder hat dann das Recht in dieser Kommission Einsitz zu nehmen. Da sind wir der Ansicht, dass das nicht zukunftsfruchtig ist und wir würden eigentlich gerne weiter mit dem Einwohnerrat konstruktiv zusammenarbeiten.

ER Urs Hinnen (ÖBS)

Grundsätzlich schon. Ich danke bestens für die Ausführungen. Ich wurde von Radio Munot auch noch gefragt, wo man das dann abhalten würde. Mir scheint eine mögliche Lösung auch, dass man die Kirchen dafür öffnet.

Diskussion:

ER Peter Schmid (SVP)

Ich möchte hier noch etwas entgegnen. Ich wehre mich schon etwas gegen diese Ausdrucksweise von „kindisch“, für Ratskollegen von Dir, die ihr demokratisches Grundrecht nutzen. Da kann man doch nicht von kindisch reden. Ich bitte Dich, eine gewähltere Ausdrucksweise anzuwenden.

ER Walter Herrmann (FDP)

Ich glaube man hat das Recht aus der Geschäftsordnung vom Einwohnerrat etwas zur Betroffenheit zu sagen. Wir versuchen mühsamst unseren Einbürgerungswilligen die Demokratie zu erklären und hier steht es, wir sind nicht eine direkte sondern eine halbdirekte Demokratie. Wir trommeln auch nicht auf gelben Fässern herum, sondern wir ergreifen ein Referendum. Das ist unser demokratisches Recht, denn in einer halbdirekten Demokratie hat ausser dem Parlament auch das Volk noch etwas zu sagen. Das ist dann ein Referendum. Wenn jetzt jemand ein Referendum ergriffen hat, ist das nicht ein Vorkommnis. Ein Vorkommnis ist vielleicht ein Tsunami in Japan. Das ist ein ganz normaler demokratischer Prozess, den wir gemacht haben und ich glaube wir sehen jetzt dann, wie das Volk entscheidet.

ER Felix Tenger (FDP)

Ich möchte nicht unnötig verlängern. Nur zwei Sätze. Es wurde eigentlich schon von Einwohnerrat Peter Schmid (SVP) erwähnt. Auch ich finde den Ausdruck „kindisches Verhalten“ im Einwohnerrat unpassend. Es ist das Wesen der Politik, dass man miteinander diskutiert und man kann definitiv auch einmal anderer Meinung sein. Das ist in diesem Rat ja auch schon öfters vorgekommen. Einwohnerrat Urs Hinnen (ÖBS) ist ja noch nicht so lange im Rat und vielleicht wurde immer alles ganz einfach durchgewunken. Es geht auch anders und auch das gehört zur Politik, dass man auch mal anderer Meinung ist. Dafür haben wir die entsprechenden politischen Instrumente. Wenn jeder,



der vom Ergebnis nicht zufrieden ist, dann die Institution abschaffen möchte, dann hätten wir nicht mehr viele Institutionen in der Schweiz.

ER Jakob Walter (parteilos)

Ich versuche es auch ganz kurz zu machen. Lieber Ratskollege Felix Tenger (FDP). Jetzt hast Du den Punkt wirklich nicht ganz getroffen. Es geht nicht um solche, die eine andere Meinung haben, sondern um solche, die in der Kommission ja sagen und im Einwohnerrat ja sagen und danach ein Referendumskomitee auf die Beine stellen. Ich weiss, Du warst von Anfang an dagegen und auch im Einwohnerrat. Dich betrifft diese Kritik nicht, aber es hat Wendehälse gegeben und diese betrifft das.

ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Ich denke, die Diskussion zu diesem Thema hat sich gelegt.

Das Geschäft ist somit erledigt.

GEMEINDE

**NEUHAUSEN
AM RHEINFALL**

CH-8212 Neuhausen am Rheinfall
www.neuhausen.ch



ER-Präsident Christian Schwyn (SVP)

Besten Dank für das Durcharbeiten der ganzen Traktandenliste. Wir treffen uns zur nächsten Sitzung am 30. Juni 2011. Die Sitzung ist somit geschlossen

Für den Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall

Christian Schwyn
Präsident

Sandra Ehrat
Aktuarin